



medico international

rundschreiben  
02|08

[www.medico.de](http://www.medico.de)



**„SOLIDARITÄT – HEUTE!“**  
Vandana Shiva, Ilija Trojanow,  
Karl-Heinz Roth

**LIBANON**  
Die Tragödie im palästinensischen Nahr el-Bared

**SÜDAFRIKA**  
Arme gegen Arme am  
Kap der Guten Hoffnung



# Inhalt

03 Editorial

---

## medico-Konferenz Solidarität – heute!

04 Solidarität – heute! | Ein kleiner Konferenzbericht

06 Vandana Shiva | Wider die Angst

11 Ilija Trojanow | Ein Gesetz für uns – und eines für die Anderen

15 Karl-Heinz Roth | Eine globale Alternative formulieren

---

20 Projekte – Projektionen | Kurdistan, Guatemala, Burma

22 Libanon | Am kalten Fluss

27 Israel / Palästina | Afrikanische Flüchtlinge in Tel Aviv

30 Südafrika | Arme gegen Arme

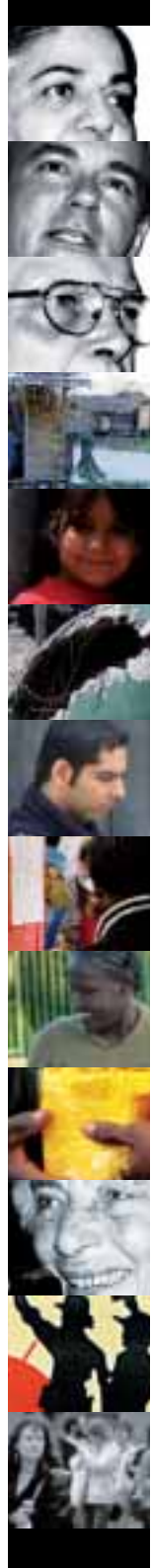
33 1968 - 2008 Hilfe im Handgemenge | II. Befreiungshilfe 1979 - 1988

38 medico aktiv

40 medico Materialliste

42 Jahresbericht 2007 | 366 Tage auf 36 Seiten

43 Hinweise / Impressum



# Liebe Leserinnen und Leser,

Bis kurz vor Redaktionsschluss warteten wir auf das Interview mit Marjorie Jobson von der Khulumani Support Group, einem langjährigen medico-Partner aus Südafrika. Die überaus aktive Selbsthilfeorganisation der Apartheid-Opfer hatte gerade eine fast schon verloren gegangene Auseinandersetzung gewonnen. Die von ihr angestrebte Klage gegen internationale Konzerne und Banken, die von der Apartheid profitierten, ist nun doch vor einem New Yorker Gericht angenommen worden. Damit stehen internationale Konzerne erstmals dafür vor dem Kadi, dass sie sich als außerhalb des Rechts stehend betrachteten. Damals missachteten sie die von den UN verhängten Sanktionen gegen Südafrika. Der Prozess könnte zum Präzedenzfall in einer Zeit werden, in der Unternehmen glauben, Gesetze im großen Stil umgehen zu können und den zynischen Spruch prägen: „Sozial ist, was Arbeit schafft.“ Und sei es Sklavenarbeit – möchte man in Klammern hinzufügen. Doch darum geht es in dem Interview mit Marjorie nicht. Wir haben sie zu den grausamen Morden an afrikanischen Einwanderern und den Vertreibungen in südafrikanischen Armenvierteln befragt. Es dauerte deshalb so lange, weil Marjorie präzise und nachdenklich auf unsere Fragen antwortete und keineswegs bereit war, einen oberflächlichen Blick auf das Geschehen zu werfen. Mit einfachen Erklärungen hält sie sich zurück. Man spürt ihren Antworten die tiefe Erschütterung an, die diese Ereignisse selbst bei denen ausgelöst haben, die sich so nah an den Menschen in den Townships bewegen wie die Khulumani-Gruppen. Südafrika befindet sich an einem Wendepunkt. Marjorie glaubt es braucht einen gemeindeorientierten Marshallplan, der auf die Kräfte in den Townships setzt, statt über ihre Köpfe hinweg zu entscheiden. Lesen Sie das Interview ab Seite 30. Den vollständigen Text allerdings konnten wir nicht abdrucken. Sie finden ihn auf unserer Website: [www.medico.de](http://www.medico.de).

Nach unserer letzten Sondernummer erhalten Sie das Rundschreiben wieder im gewohnten handlichen Format. Kleine Änderungen haben wir aber nichtsdestotrotz vorgenommen, um die Lesbarkeit zu erhöhen. Deshalb kommt das Heft künftig etwas luftiger im Satz und dafür dicker im Umfang bei Ihnen zu Hause an. Im Gegensatz zu manchen Blattreformen, die allzu oft auf Kosten des Inhalts gehen, haben wir den Textumfang beibehalten. Kleine Ausnahmen bestätigen die Regel: Das Editorial ist kürzer geworden. Deshalb mache ich an dieser Stelle Schluss und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen

Ihre



# Solidarität – heute!

Ein kleiner Konferenzbericht

**K**apitalismuskritik gehört heute fast schon zum guten Ton. Wer hätte das vor 10 Jahren gedacht, da schon das Wort Kapitalismus aus dem Wörterbuch gestrichen schien. Nichtsdestotrotz bleibt das kritische Hinterfragen der gegenwärtigen Weltordnung bisher seltsam stumpf, konnte die Durchsetzungsmacht des globalisierten Kapitals nirgendwo nachhaltig gebrochen, kaum gebremst werden. Die Kluft zwischen der Einsicht in die Notwendigkeit der Veränderung und den weiter eskalierenden sozialen und ökologischen Verheerungen erzeugt ein Gefühl der Ohnmacht, das sich bis zur Angst verdichten kann.

Als wir mit den Planungen für unsere Konferenz „Solidarität – heute!“ begannen, ging es uns auch um diese Kluft und um ein besseres Verständnis der lähmenden Macht dieser Ohnmacht. Dass es gelingen könnte, sich ihr zu entziehen, konnten wir weder planen noch erwarten. Und doch hat sich wohl allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der anderthalbtägigen Debatten mitgeteilt, dass es zur katastrophalen Tendenz des kapitalistischen „Fortschritts“ tatsächlich realistische Alternativen gibt. Unterstrichen wurde das schon bei der Eröffnung im Frankfurter Schauspielhaus, als, zum Ende der Rede der indischen Bürgerrechtlerin Vandana Shiva um die

Türme der Deutschen Bank ein Gewitter aufzog.

## Gier und Angst

Was war das Ergebnis unserer Suche nach einer Neubestimmung solidarischen Handelns unter den heutigen Bedingungen? Auf den Punkt gebracht: Anders als zur Zeit der Gründung *medicos* geht es heute nicht mehr darum, dass „wir hier“ im Norden uns mit „denen dort“ im Süden solidarisieren. Solidarität heute ist keine Frage des „Mit“, sondern eine Sache des „Zwischen“ geworden, eine Sache der Gleichen, und sei es nur der vom Katastrophenkapitalismus *gleichermaßen* Bedrohten. Im Widerstand gegen die im Wortsinn tödliche Gier nach Profit um jeden Preis gilt Solidarität heute überall derselben Sache: der Verteidigung wie der Durchsetzung einer gemeinsamen Verfügung aller über die „Commons“, die öffentlichen Güter.

Geht es dabei zuerst um die Garantie der elementaren Rechte des Lebens und Überlebens, wird damit zu-





gleich das sie alle zusammenführende Recht auf Rechte eingefordert, das Vandana Shiva treffend als „Definitionsrecht des Menschseins selbst“ bezeichnete. Dabei wurde in den folgenden, oft sehr präzisen Debatten deutlich, dass eine gemeinsame Verfügung aller über die öffentlichen Güter nur durch die Zusammenführung von zwei Prozessen erreicht werden kann: Prozessen der sozialen Aneignung dieser Güter „von unten“, und Prozessen der Verrechtlichung solcher Aneignungen, mit denen sukzessive neue Formen ihrer demokratischen Kontrolle ausgebildet werden. Für eine solche Globalisierung „kapitalismusfreier Zonen“ setzte die Konferenz erste Zeichen der Machbarkeit. Sie tat dies einfach deshalb, weil eine Ökofeministin aus Indien, ein kosmopolitischer Schriftsteller mit bulgarischen Wurzeln, eine Guerilla-Kommandantin aus Nicaragua und ein linksradikaler Sozialhistoriker aus Hamburg öffentlich so miteinander ins Gespräch kamen, als stünden sie seit Jahren schon in einem direkten persönlichen Austausch.

Dabei waren die Debatten zugleich von ernüchternder Klarsicht und von Enthusiasmus geprägt. So versicherte IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban den über zweihundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern nachdrücklich, dass er sich kämpferischere Gewerkschaften wünsche. Doch verwies er zu Recht darauf, dass sich Menschen, die nach einem Jahr Arbeitslosigkeit mit Hartz IV in die Armut und zunehmend auch in erzwungene Arbeit gedrängt werden, nicht ohne weiteres in Kämpfe begeben, die allzu leicht verloren gehen können. Als eine Eisenbahnerin, die sich gegen die Privatisierung

der Bahn eingesetzt und darüber politisiert hatte, der skeptischen Analyse zustimmte und dennoch auf ihrer Forderung nach einer öffentlichen Bahn bestand, erfuhr sie gerade darin Zuspruch von Vandana Shiva, der gespeist war aus der Erfahrung der indischen Sozialbewegungen – und aus der realistischen Möglichkeit, solche Erfahrungen auch hier machen zu können. Die Bedingung eines solchen Erfahrungsaustauschs aber liegt nirgendwo anders als in einem neuen Verständnis und schließlich einer neuen Praxis globaler Solidarität.

Für das Mit- und Gegeneinander von nüchterner Klarsicht und kämpferischem Optimismus brachte Shiva dann einen Begriff Mahatma Gandhis ins Spiel, den Begriff *satyagraha*. Das Hindu-Wort spricht zum einen von der Wahrheit als von dem, was sein *soll* (*satya*) und meint zum andern den Mut und die Begeisterung (*graha*), mit dem man sich *augenblicklich* und *dauernd* von der Angst befreit und an dem festhält, was wahr *ist*. In solchem Wahrheitsenthusiasmus liegt genau der Aufruf zum zivilen Ungehorsam und zum „Exodus“, von dem im letzten *rundschreiben* schon Toni Negri sprach.

Nachfolgend veröffentlichen wir transkribierte und leicht redigierte Auszüge aus einigen Reden der Abendveranstaltung. Die äußerst lesens- und hörenswerten Beiträge des Konferenztages u.a. des Theologen Michael Ramming, der Geschäftsführerin von *medica mondiale*, Monika Hauser, oder des Public-Health Spezialisten Peter Tinne- mann finden Sie auf unserer Website.

*Katja Maurer, Thomas Seibert*

**Vandana Shiva** ist Doktor der Physik und setzt sich seit den 70er Jahren für ökologischen Umgang mit den natürlichen Ressourcen in Indien ein. Die indische Bürgerrechtlerin ist Vordenkerin des Ökofeminismus, eine der bekanntesten Widersacherinnen gegen die Patentierung von Saatgut und Medikamenten und hat den alternativen Friedensnobelpreis erhalten.



Foto: medico

Seite 06

# Wider die Angst

Satyagraha – oder: Warum es zivilen Ungehorsam braucht, um unsere Allgemeingüter zu verteidigen. Von Vandana Shiva

**E**ine der größten Herausforderungen für Solidarität heute ist der Umgang mit den Erfindungen und Konstrukten, die der Kapitalismus geschaffen hat, um uns, unsere Welt und unser Denken zu beherrschen. Ich komme aus Indien. Unser Land wurde jahrzehntelang von der East India Company beherrscht, einer der ersten Kapitalgesellschaften überhaupt. 1857 gab es unsere erste Unabhängigkeitsbewegung. Der Aufstand scheiterte, aber er brachte das Ende der Herrschaft der East India Company. Die Herrschaft der internationalen Konzerne hat für die Menschen in Indien bereits Züge der totalen Kontrolle über Handel und Wirtschaft angenommen, so wie sie einst die East Indian Company ausübte. Damals hatten wir

die East Indian Company, jetzt haben wir Saatguthersteller, Pharmamultis, chemische und biogenetische Bigplayer, die unser Land regieren.

Immer deutlicher wird, dass das Gesundheitswesen und die Lebensmittelversorgung weltweit von fünf Konzernen bestimmt werden. Aus meiner Sicht ist das Diktatur und keine Wirtschaftsdemokratie. Ein Wandlungsprozess hat stattgefunden. Die Demokratie ist nicht mehr vom und für das Volk, sondern von und für die Konzerne. Wenn wir uns heute hier mit einer Neubestimmung von Solidarität beschäftigen, dann müssen wir mit dieser Herrschaft der Konzerne umgehen. Wenn wir darüber nicht reden, werden wir nicht die nächsten Schritte auf dem Weg zur Vertei-

digung unserer Freiheiten und zu unserer Befreiung bestimmen können.

Jetzt werden auch an uns die Limousinen, die Mercedesse und BMWs verkauft und dafür muss noch der letzte Rest Stahl und Aluminium verbraucht werden. Wir befinden uns im letzten Stadium unternehmerischer Habgier. Es richtet sich direkt gegen die sozialen Existenzrechte der Armen. Dieser Angriff erfolgt manchmal indirekt, aber auch unverblümt und offen, denn sie nehmen sich einfach die Allgemeingüter, die Commons. Sie

## **Wir befinden uns im letzten Stadium unternehmerischer Habgier**

privatisieren die Lebens- und Existenzgrundlagen der Menschen und machen sie zum Eigentum der Unternehmen. Nehmen wir die Beispiele Medizin und Saatgut. Die Patente reichen durch die Regulierungen der Welthandelsorganisation (WTO) und die Vereinbarungen über geistiges Eigentum (TRIPS) so weit, dass die Konzerne, die Patenhalter, nicht ruhen werden, bis sie jedes lebende System auf diesem Planeten monopolisiert haben.

Meine Tätigkeit ist darauf ausgerichtet, dass Lebensgrundlagen nicht privatisiert werden, dass Bauern das Recht auf Reproduktion von Saatgut haben, dass wir pharmazeutische Produkte selbst herstellen können. Denn unsere eigenen Medikamente kosten hunderte Male weniger als die der großen internationalen Unternehmen.

Wir befinden uns mitten in einer Lebensmittelkrise. Die Financial Times und das Wall Street Journal berichten von einem neuen Plan der Welt-

bank. Aber der neue Plan der Weltbank ist der alte Plan, der diese Ernährungskrise verursacht hat. Nun sollen unsere Steuergelder dafür eingesetzt werden, um genetisch verändertes Saatgut und Düngemittel noch höher zu subventionieren und um sie noch schneller im Süden einzusetzen. Subventioniert werden auch Suez, Vivendi und RWE, die ganz scharf darauf sind, jeden Tropfen Wasser zu privatisieren.

Für alle Lebensbereiche sind die Pläne genau ausgearbeitet. Diese Konzerne wissen, was sie wollen. Wenn es ihnen gelingt durchzusetzen, dass jeder Bauer jährlich Lizenzgebühren für Saatgut bezahlt, dann haben sie einen globalen Markt, der drei Billionen Dollar hergibt. Diese Gewinne sind definiert und eingeplant. Und deshalb werden sie jede Form des Terrors, des Angstschürens und der Einschüchterung nutzen, um die Bauern zu zwingen, ihre Freiheiten aufzugeben.

Vor ein paar Jahren hatte ich in Leipzig in einer Kirche eine Diskussion, an der auch der deutsche Bauer Josef Albrecht teilnahm. Er wurde verklagt, weil er es wagte, Saatgut selbst herzustellen und es mit seinen Nachbarn zu teilen. Die Konzerne wollen, dass weltweit alle Bauern jedes Jahr Saatgut nur bei ihnen kaufen. In den USA wurde gegen 500.000 Bauern geklagt. In Indien haben 200.000 Bauern deshalb Selbstmord begangen.

Die Privatisierung von Wasser bringt Milliardenprofite. Ein ungeheures Geschäft mit einem existentiellen Bedürfnis der Menschen, das nun zu Marktpreisen befriedigt werden soll. Was Marktpreise bedeuten, wissen wir. Coca Cola stiehlt jeden Tag zwischen







1,5 und 2 Millionen Liter Wasser, jede einzelne Coca-Cola-Niederlassung nimmt sich ihr Wasser. Es brauchte den Mut einer Frau aus Kerala, die sich dagegen wehrte, dass sie jeden Tag noch mehr Meilen laufen musste, um an Trinkwasser zu kommen, während Coca Cola es einfach nahm und verschmutzt zurückließ. Sie hat zusammen mit weiteren zehn Frauen vor sechs Jahren eine

## **Wer hätte sich vor 10 Jahren vorstellen können, dass Metall-Gewerkschaften aus Italien mit einfachen Bauern aus Indien um die gleichen Ziele kämpfen?**

Aktion zivilen Ungehorsams vor den Werks-toren von Coca Cola begonnen. Daraus ent-stand eine zivilgesell-schaftliche Bewegung, der es am Ende gelang, die Schließung des Werkes zu errei-chen.

In diesem Kampf taten wir das, was Gandhi 1930 getan hat, als die Briten das Salz monopolisieren wollten. Sie hatten ein Gesetz erlassen, in dem sie uns die Salz-gewinnung verboten. Gandhi ging damals an

den Strand, hob das Salz auf und sagte: „Die Natur gibt es umsonst, wir brauchen es für unser Überleben, wir werden damit fortfahren, unser Salz herzustellen. Wir werden eure Gesetze missachten.“ Diese Gesetzesübertretung nannte er Satyagraha – ein ethisches Prinzip, mit dem er zuvor schon in Südafrika seine Regelverweigerung, seinen Gesetzesbruch, seinen Widerstand gegen die Apartheid begründete. (Satyagraha bedeutet so viel wie: das unbeirrte Festhalten an dem, was sein soll, weil es

wahr ist. Ein Aufruf zu zivilem Ungehorsam auch gegen herrschende Gesetze.

Und jetzt, hundert Jahre später, stehen wir hier und überlegen, wie wir gegen die Diktatur der Konzerne vorgehen können, die uns alle unsere Freiheiten rauben will. Eine der Illusionen, die sie uns verkaufen, ist, dass es mehr ökonomische Freiheit bringen würde, wenn wir wirtschaftliche Unabhängigkeit aufgeben. Sie ersetzen unsere Freiheiten als Arbeiter, als Angestellte, als Bauern, als Krankenschwestern, als Ärzte durch das Recht der Supermärkte, das Recht und die Freiheit zu kaufen. Wir werden zu Konsumenten reduziert. Der Konsumismus soll unsere Erfahrung der Freiheit sein und damit partizipieren wir am Katastrophenkapitalismus.

Der Konsumismus ist für unseren Planeten ein Krebsgeschwür im Endstadium. Er hat einen unstillbaren Appetit auf unsere Ressourcen und unsere Allgemeingüter, unsere Commons. Solidarität heißt deshalb heute, unsere Allgemeingüter auf lokaler und globaler Ebene zu verteidigen. Wir müssen die kleinen Seen eines winzigen Dorfes genauso verteidigen wie die Atmosphäre unseres Planeten, die durch den Emissionshandel privatisiert wird. So hat Nicholas Stern im Klima-Bericht der britischen Regierung klar formuliert: „Emissionshandel bedeutet Eigentumsrechte an der Atmosphäre.“ Aber wer bekommt diese Eigentumsrechte? Die Verschmutzer. Eigentlich besagen die bislang geltenden Umweltschutz-Gesetze, dass der Verschmutzer zahlen muss. Der Handel mit Emissionen stellt dieses Gesetz auf den Kopf. Nun wird der Verschmutzer bezahlt.

Wenn wir unsere Commons

verteidigen wollen, können wir nicht schweigend abseits stehen, wenn Staaten, die von Konzernen regiert werden, unseren Reichtum untereinander aufteilen und damit unsere Zukunft gefährden. Diese Solidarität, die notwendig ist, um unsere lebensnotwendigen Allgemeingüter zu verteidigen, geht über den bisherigen Begriff von Solidarität hinaus.

Früher genügten uns einfache Gewerkschaften, aber in Zeiten, in denen das Kapital global agiert und keine Grenzen mehr kennt, müssen auch wir Grenzen überwinden. Niemand kann alleine gleichzeitig überall sein, deshalb müssen wir durch unsere Solidarität überall gegenwärtig sein. Die neue Solidarität muss eine Allianz der Solidarität in der Vielfalt sein.

**Wir müssen  
das Definitions-  
recht, was  
Menschsein  
auf diesem  
Planeten heute  
bedeutet,  
zurückfordern**

Unsere Bewegung vereint Bauern und Konsumenten: Bauern sind nicht länger nur Produzenten, Konsumenten nicht länger nur Esser. Konsumenten und Produzenten zusammen müssen einen Plan entwickeln, der allen Nahrung und Gesundheit bietet. Und es funktioniert, wir müssen nicht warten, bis die Staaten ihre Politik ändern, und dann eine andere Ernährungspolitik betreiben.

Wie Sie wissen, verlegen Firmen wie Mercedes Benz oder BMW Teile ihrer Produktion nach Indien, sie alle brauchen Land. Das Land, auf dem diese Fabriken gebaut werden, stehlen sie den armen Bauern. Kürzlich hatte ich

ein Gespräch mit einem Vertreter der Gewerkschaften von FIAT. Sie solidarisieren sich mit den Bauern, die von Tata und FIAT in Singur ausgeblutet werden. Wer hätte sich vor 10 Jahren vorstellen können, dass Gewerkschaften eines Autoherstellers mit einfachen Bauern um die gleichen Ziele kämpfen?

Wenn wir realisieren, dass Vielfalt kein Hindernis für die Solidarität darstellt, werden sich ganz neue Wege eröffnen, auf dieser Welt zu leben. Wir nennen es „Erdendemokratie“. Wir müssen das Definitionsrecht, was Menschsein auf diesem Planeten im Jahr 2008 bedeutet, zurückfordern. Dabei müssen wir alle mit einbeziehen, denen Nahrung verweigert wird, oder die Opfer ungerechter Kriege sind, die auf diesem Planeten geführt werden. Und während wir alle gemeinsam solidarisch nach einer Lösung suchen, müssen wir unerschrocken gegen den Diebstahl unseres gemeinsamen Reichtums, unserer Commons, vorgehen. Der letzte Widerstand ist der Widerstand gegen die Angst. Wir müssen klarmachen, dass wir nur die Gesetze anerkennen, die auf Gerechtigkeit und Ökologie basieren und nicht die der Konzerne. Solche Gesetze werden tagtäglich geschaffen, um unser Leben zu kontrollieren und uns davon abzuhalten, aktiv zu werden. Sie reduzieren uns auf die Angst.

Das ist Faschismus, das ist das endgültige Ende der Freiheit, die wir so sehr brauchen. Wir können uns nicht leisten, dass das Prinzip der Angst die Welt beherrscht, als letzter Weg, um eine Menschheit, die sich nach Freiheit, Gemeinsamkeit und Solidarität sehnt, zum Schweigen zu bringen. ■

Der Schriftsteller **Ilija Trojanow** ist u.a. Autor des mehrfach ausgezeichneten Buches „Der Weltensammler“, gemeinsam mit Ranjit Hoskote veröffentlichte er jüngst das Buch „Kampfabgabe“.



Foto: medico

# Ein Gesetz für uns – und eines für die Anderen

Ilija Trojanow über kulturelle Differenz und visionäre Humanität

**I**n der zweitgrößten Stadt meines Herkunftslandes Bulgarien, in Plovdiv, erhalten die Bürger seit ungefähr einem Jahr völlig übertriebene Rechnungen für Strom, Wasser und Heizung. Nur die so genannten Zigeuner haben sich gegen die Übertreibungen gewehrt. (In Bulgarien werden die Sinti und Roma immer als Zigeuner bezeichnet.) Sie haben eine Art Bewegung des zivilen Ungehorsams ins Leben gerufen. Der gesamte Stadtteil, das Ghetto

der Sinti und Roma, hat sich geweigert, die Rechnungen zu bezahlen. Auch die Bulgaren schimpfen insgeheim immer über die Rechnungen und sie sind oft gar nicht imstande zu zahlen. Den zivilen Ungehorsam der Sinti und Roma haben sie aber keineswegs als einen Aufruf zur gemeinsamen Aktion und als Zeichen von Solidarität aufgefasst. Im Gegenteil, es begann eine unglaublich starke Medienkampagne, die die Zigeuner beschimpfte. Sie argumentierte un-

## **Der Westen hat eine imperiale Geisteshaltung und Terminologie**

gefähr so: Die Zigeuner, also die Anderen, die nicht Anpassungsfähigen, die, die nicht bereit sind, nach den Regeln der Gesellschaft, also nach den Regeln der ökonomischen Unterwerfungen zu handeln, stünden der Entwicklung Bulgariens im Wege. Am Ende dieser Kampagne drangen verschiedene, teilweise bezahlte Gruppen in das Ghetto der Zigeuner ein, zündeten Häuser an und verprügelten Menschen. Das ist ein Beispiel dafür, wie kulturelle Differenz instrumentalisiert wird – ein Thema meiner Betrachtungen.

Ein zweites ist die Humanität. Die unmittelbare, direkte Humanität funktioniert häufig sehr gut. Die visionäre Humanität dagegen liegt meiner Ansicht nach sehr im Argen. Die visionäre Humanität hat sehr viel mit kultureller Differenz zu tun. Denn nur wenn es gelingt, visionäre Humanität zu entwickeln, kann aus unserer Empathie, unserer Solidarität, die sich im Katastrophenfall unmittelbar äußert, ein Kampf gegen die institutionalisierte Gewalt und gegen die fundamentalen Probleme werden, die Katastrophen verursachen oder verschärfen.

Ich glaube, dass die kulturelle Differenz dabei ein wesentliches Problem darstellt. Denn der so genannte Westen – Europa und Nordamerika – wirft einen Blick auf die außereuropäischen Länder, Regionen, Kulturen, Religionen, der maßgeblich vom 19. Jahrhundert geprägt ist. Die ganze Geisteshaltung und die Terminologie sind nach

wie vor durch und durch imperial. Das fängt schon mit der Sprache an. Wir – und ich sage wir, obwohl ich mich nicht dazugehörig fühle – benennen die Fremden mit einer Sprache aus dem 19. Jahrhundert. Das ist politisch von entscheidender Bedeutung, weil man die gesamte mediale Reflektion eines Konfliktes vor diesem Hintergrund analysieren kann.

Das jüngste Beispiel dafür ist Kenia. Bei den Auseinandersetzungen nach den Wahlen ging es offensichtlich darum, dass die Opposition gewonnen hatte und die bestehende Regierung trotzdem nicht zurücktreten wollte. In Deutschland, aber auch in England und Frankreich wurden diese Auseinandersetzungen als Stammes-Konflikte beschrieben. Der Schriftsteller Wole Soyinka hat diese europäische Wahrnehmung kürzlich ironisch so kommentiert: Konflikte in Europa seien Konflikte auf hohem Niveau, Konflikte nämlich zwischen verschiedenen politischen Interessen. Afrikaner hingegen trügen in der europäischen Wahrnehmung Konflikte als „primitive tribale Kriege“ aus. Die Afrikaner seien offenbar noch nicht entwickelt genug, um Konflikte auf hohem Niveau zu haben.

Ich bin in Kenia groß geworden. Ich kann mich an alte Menschen erinnern, die noch ohne das Bewusstsein aufgewachsen sind, dass sie einem Stamm, etwa dem der Kalenjin angehören. Sie waren sich der Zugehörigkeit zu den Kalenjin nicht bewusst, weil es diesen Identitätsbegriff nicht gab. Er entstand erst durch britische Kolonialbeamte. Denn schließlich mussten die Menschen in Kategorien eingeordnet werden, die in London festgelegt wur-





Als würden wir mit dem Pinsel fotografieren. Wenn ein alter Blick neu angeordnet wird:  
Kommunikation und Nicht-Kommunikation in Landschaftsinszenierungen nach Peter Paul Rubens.  
Foto: Marc Baruth, Der verlorene Sohn, [www.guteaussichten.org](http://www.guteaussichten.org)

**Das vermeintlich Eigene ist aus der Vermischung mit dem Fremden entstanden**

den. Man befragte die Bewohner: Wer seid ihr? Es kamen unterschiedliche Antworten. In Tansania zum Beispiel antworteten die Leute: Wir sind Menschen, allerdings in unterschiedlichen Sprachen. So könnte man schließen, dass die westliche Erklärung für Konflikte in Afrika darin besteht, dass Menschen sich deswegen bekämpfen, weil sie in ihren Sprachen ein unterschiedliches Wort für „Mensch“ haben.

Aus dem 19. Jahrhundert haben wir im Umgang mit außereuropäischen Kulturen und Religionen eine Rhetorik der Heuchelei übernommen. Sie steht am Anfang dessen, was man uns in der Schule als das große liberale Projekt beibrachte. Einer der Vordenker des Liberalismus war John Stewart Mill. Er propagierte die Universalität der Menschenrechte. Allerdings wies er in anderen Texten darauf hin, dass sie natürlich nicht für Inder gilt. Und so besteht ein Widerspruch vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis heute: Ein Gesetz für uns, ein anderes für die Anderen.

Damit nicht genug, wird die Differenz als etwas Anhaltendes, tief Verwurzeltes, Homogenes und damit Unüberwindbares dargestellt. Der dynamische Prozess kultureller Begegnungen, der in sich die Möglichkeit der Anverwandlung und Vermischung birgt, wird aufgrund hermetischer Kategorien und einer Sprache der Ausgrenzung als unbeweglich und erstarrt beschrieben.

In meinem Buch „Kampfabgabe“, das ich gemeinsam mit Ranjit Hoskote verfasst habe, versuchen wir zu beweisen, dass das, was wir als das typisch Eigene betrachten, aus unzähligen, über Jahrhunderte hinweg vollzogenen Vermischungen mit dem so genannten Fremden entstanden ist. Wenn wir unser Zeitverständnis nur etwas ausdehnen, verwischt sich der Unterschied zwischen dem Eigenen und dem Fremden. So betrachtet, haben wir eigentlich nur noch eine momentane Differenz.

Doch wir stehen einer Rhetorik, einer Ideologie, einer Propaganda gegenüber, die die Differenz verabsolutiert. Dabei ist Differenz nichts anderes als eine momentane Trennung, eine momentane Unterscheidung, die sich abhängig von den Idealen, Energien, Absichten und Visionen der beteiligten Menschen in alle möglichen Richtungen verändern kann. Die unglaubliche Chance einer visionären Humanität besteht in der Erkenntnis, dass das, was uns wichtig ist, nur in einem fortwährenden, fruchtbaren, dynamischen Austausch entsteht. Der aber kann sich nur durch Verschmelzung mit dem momentanen Fremden vollziehen. Nicht in der Überfremdung liegt im 21. Jahrhundert die Gefahr, sondern darin, dass uns die Fremde ausgeht.

Die Rhetorik vom Status quo behauptet dagegen, dass wir die beste aller Welten entwickelt haben und dass wir von den anderen nichts lernen können. Ich hingegen glaube, dass eine wirkliche Veränderung der kulturellen Wahrnehmung und der kulturellen Haltung ein ganz zentrales Moment zur Entwicklung einer visionären Humanität ist. ■

**Karl Heinz Roth** ist Arzt und einer der bekanntesten kritischen Sozialhistoriker Deutschlands. Sein 2005 erschienenes Buch „Der Zustand der Welt“ skizziert auch Träger und Perspektiven antikapitalistischer Transformationsprozesse.



Foto: medico

# Eine globale Alternative formulieren

Perspektiven der sozialen Aneignung. Von Karl-Heinz Roth

**D**ass medico international als eine global vernetzte Organisation seit 40 Jahren agiert, ist ein Zeichen der Ausdauer, der Hartnäckigkeit und der Bereitschaft, Lernprozesse einzugehen, die ungewöhnlich ist. Meine Geschichte mit medico international war immer nur vermittelt. In den 1970er Jahren, nach unserem medizinischen Staatsexamen, war eine Gruppe von jungen Ärztinnen und Ärzten entstanden, die in der Dritten Welt aktiv werden wollte. Einige der Kolleginnen und Kollegen nahmen damals auch mit medico international Kontakt auf. Wir alle hatten den Plan, uns zu qualifizieren, um in den

Befreiungsbewegungen zu arbeiten. Einige dieser Kolleginnen und Kollegen sind noch heute im Süden. Andere sind zurückgekehrt. Darunter auch ich. Die Erfahrungen, die ich in den 1970er Jahren im Nahen und Mittleren Osten sammelte, in den Palästinenserlagern oder im Süden von Teheran, haben mich extrem geprägt. Sie haben mir schon damals vermittelt, was der Süden ist. In den medizinischen Camps und in den Hospitälern der Flüchtlingslager in Teheran habe ich den Süden und seine sozialen Wirklichkeiten kennen gelernt – und nicht mehr vergessen. Zurückgekehrt bin ich in eine Enklave des Sü-

dens im Norden und arbeitete fast 20 Jahre lang als Mediziner in einem Slum-Viertel einer sehr prächtigen norddeutschen Hafenstadt. Ich habe dort auch Flüchtlinge und Illegale betreut und wir haben Versorgungsstrukturen für Durchreisende, darunter auch damalige Kader der Befreiungsbewegungen, aufgebaut. Diese 20 Jahre waren in vieler Hinsicht eine Fortsetzung der Erfahrungen aus den 70er Jahren. Es sind Erkenntnisse, die ich in manchen Aspekten mit meinen theoretischen Anstrengungen, mit meinen eigenen politischen Orientierungen nur schwer vereinbaren konnte. Aber sie sind immer präsent geblieben.

In den 1990er Jahren versuchte ich diese Erfahrung zusammenzutragen, nicht zuletzt um sie mit den globalen

Entwicklungen zu vergleichen und sie darin zu integrieren. Dabei habe ich alles das virtuell und real miterlebt, was Sie alle miterlebt haben: die Vertreibung von Hunderten von Millionen Menschen in einem neuen Zyklus der kapitalistischen Entwicklungen und ihre Erniedrigung, ihre Demütigung und ihre Umwandlung in Vagabunden und Landlose. Hinzu kommen

die Milliarden von Menschen, die in diesem Zyklus des entfesselten Kapitalismus ihre sozialen Sicherheiten verloren haben, die bisher über die Arbeitsv-

erhältnisse definiert waren. In der Beschäftigung mit dieser Entwicklung ist mir klar geworden, dass es gegen diese entfesselte Dynamik, die tatsächlich katastrophale Tendenzen enthält, auch Gegenperspektiven gibt, die weltweit im Süden und Norden entstehen.

Eine Gegenperspektive stellen beispielsweise auch die massenhaften Bewegungen der Migration dar, die transkulturelle und transnationale Erfahrungen transportiert haben und transportieren. Ich meine damit nicht nur die Bewegung der Flüchtlinge, sondern auch die Massenmigration der höher qualifizierten Segmente der Subalternen. Das wird oft vergessen. Ich denke, dass dies eine ganz wesentliche Erfahrung ist, die auch einen Hintergrund dafür bildet, dass wir überhaupt Gegenperspektiven diskutieren können.

Zweitens gibt es das Phänomen einer neuen Urbanisierung von unten. Seit einigen Jahren leben zum ersten Mal mehr Menschen in den Städten als auf dem Land. Sie leben in Slum-Citys, die sie zu einem erheblichen Teil selbst illegal bauen. Es gibt die Erfahrung der Prekarisierung, des Verstoßenwerdens aus gesicherten Arbeitsverhältnissen. Ungeschützte Arbeitsverhältnisse, Zeitarbeitsverhältnisse, geringfügige Beschäftigungen, scheinselfständige Beschäftigungen bilden ein Massenphänomen, das im Süden immer die Majorität der Ausbeutung dargestellt hat und jetzt zunehmend in den Norden eingedrungen ist. Es gibt also Parallelen. Es gibt Tendenzen, aus denen eine globale Alternative formuliert werden kann.

Diese Tendenzen sind völlig vage und unsicher. Sie können in zwei

**Soziale Aneignung bedeutet Behauptung und Entwicklung eines sozialen Existenzrechts, bedeutet, die privatisierten, Güter dieser Erde wieder in öffentliche Güter zu verwandeln**



**Es gibt Tendenzen, aus denen eine globale Alternative formuliert werden kann. Diese Tendenzen sind völlig vage und unsicher**

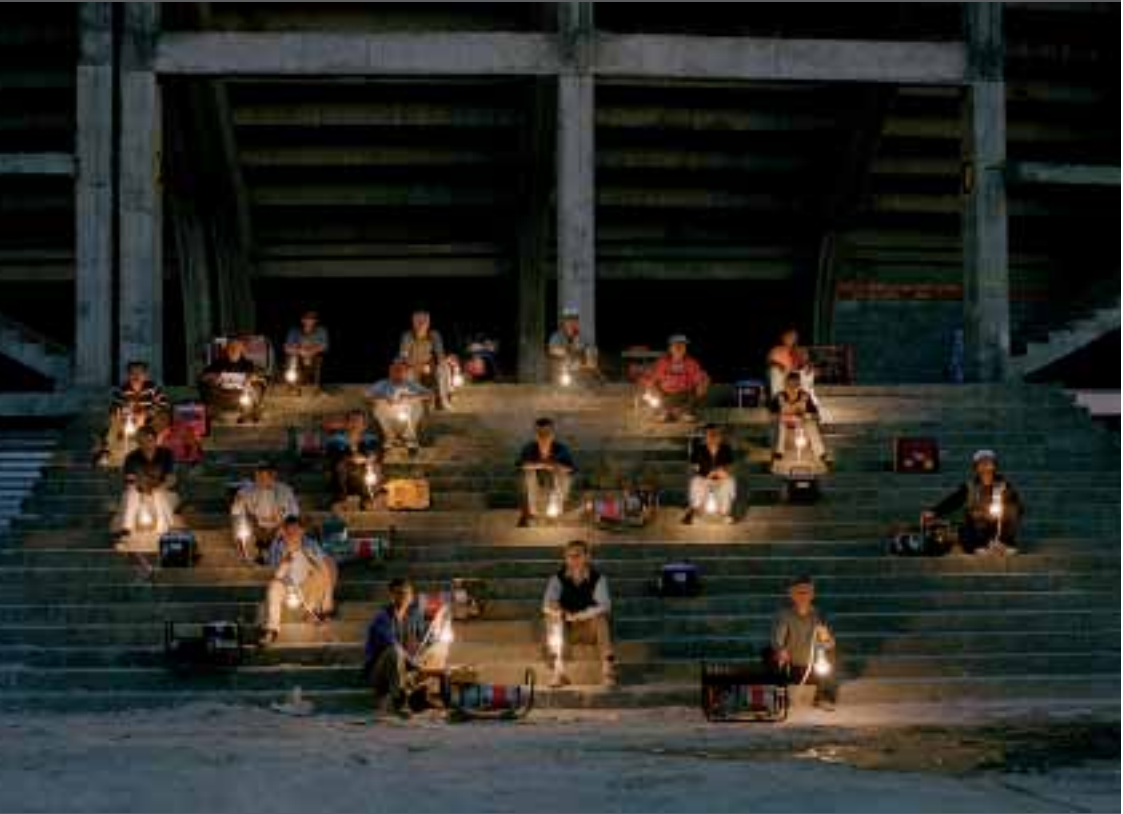
Richtungen gewendet werden. Zum einen in die Perspektive einer solidari-schen Formierung des Widerstands, einer Klassenformierung, oder aber in die Richtung einer Fragmentierung, eines Gegeneinander und eines eth-nopolitischen Ausgespieltwerdens. Mit diesen Ausgangssituationen sind wir konfrontiert. Ich glaube, dass es möglich sein sollte, aus dieser Analyse einige Schlussfolgerungen zu ziehen, die es uns ermöglichen, neu zu

handeln und neue Konzepte des Handelns zu entwickeln. Der zentrale Punkt, an dem sich Widerstand und Gegenperspektiven aufeinander zu bewegen könnten, ist meines Erachtens die soziale Aneignung. Die soziale Aneignung von Wasser, von Elektrizität, von Boden, aber auch von Produktionsmitteln und Technologie, im Süden wie im Norden. Soziale Aneignung bedeutet Behauptung und Entwicklung eines sozialen Existenzrechts, bedeutet, die enteigneten, die privatisierten, die kommerzialisierten Güter dieser Erde wieder in öffentliche Güter zu verwandeln. Und sie in einer egalitären, basisdemokratischen Weise zu nutzen und zu verwalten. Das, meine ich, sind Ausgangspunkte, die trotz aller Katastrophentendenzen auch ein Stück weit zur Hoffnung berechtigen.

Soziale Aneignung findet seit den letzten 20, 30 Jahren als Widerstand gegen den neuen entfesselten

Kapitalismus vor allem in lokalen und regionalen Zusammenhängen statt. Es gibt so etwas wie einen kommunalen Sozialismus, der ganz unterschiedliche Aspekte hat und von den Bewegungen der Landlosen bis hin zur sozialen Aneignung von Sicherungssystemen, die selbstverwaltet werden, reicht. Diese lokalen und regionalen Tendenzen sind seit längerem auch vernetzt. Sie sind verknüpft durch Netzwerke, durch Strukturen der Sozialbewegungen, die in ihnen agieren, die sie vertreten, die mit ihnen kooperieren und die ihnen helfen. Auch medico würde ich hier verorten. Das Spektrum reicht sehr weit und geht von Initiativen, die direkt intervenieren, bis hin zu solchen, die die Funktion von Mediatoren wahrnehmen. Daraus hat sich in den letzten Jahren eine Spannung ergeben, von der ich denke, dass es möglich sein müsste, sie produktiv zu wenden. Denn soziale Aneignung, und das ist Erfahrung der letzten 20 Jahre, bedeutet zunächst nicht sehr viel, wenn sie nicht verstetigt wird. Wenn sie nicht verrechtlicht wird, wenn sie nicht institutionalisiert wird. Und genau da könnte die Funktion der Netzwerke und sozialen Bewegungen liegen, indem sie die globalen Initiativen miteinander verbinden und koordinieren. Zugleich könnten sie Strukturen bereitstellen, die das Er kämpfte versuchen zu verrechtlichen, also unumkehrbar zu machen. Ich halte das für einen ganz entscheidenden Punkt.

Aber ich meine auch, dass wir darüber nachdenken sollten, inwieweit wir nicht globale Gegeninitiativen in einem strukturellen Sinn angehen sollten. Es stellt sich die Frage und Aufgabe, wie weit wir bestimmte Probleme



Die sisyphushafte Negation von Arbeit: Im albanischen Shkoder sitzen Tagelöhner auf einer Stadiontreppe neben ihrem Generator, der eine Glühlampe mit Strom versorgt. Die „Tätigkeit“ besteht lediglich darin, die aufleuchtenden Glühbirnen zu halten. Der Tag vergeht, ohne das etwas passiert. Nur das Leuchten wird intensiver.  
Installation: Adrian Paci, Turn On, Courtesy: Francesca Kaufmann (Mailand)

**Es gibt einen kommunalen Sozialismus, der von den Bewegungen der Landlosen bis hin zur sozialen Aneignung von selbstverwalteten Sicherungssystemen reicht**

der sozialen Aneignung, die nur noch umfassend gelöst werden können, beispielsweise die Durchsetzung weltweiter Lohn-, Arbeitszeit- und Arbeitsschutzstandards, auch auf die globale Ebene transformieren können. Das setzt eine

radikale Globalisierung der Gewerkschaften voraus, die ein Teil unserer Sozialbewegungen sind. Das ist ein Diskussionspunkt, an dem es Kontroversen gibt, die wir aber austragen müssen. Genauso geht es darum, die Aneignungsprozesse der Subsistenzökonomie im Süden zu globalisieren. Es geht darum, das Recht auf Gesundheitsgüter jenseits der Patentgesetzgebung, jenseits der Restriktionen

der kapitalistischen Verwertungen des Gesundheitswesens für alle Menschen zugänglich zu machen. Des Weiteren gibt es global aber auch noch Aufgaben, die ich als Schadensbegrenzung oder Abwicklungsoperationen bezeichnen würde. Dringend geboten ist eine radikale Abrüstung und dafür ist es dringend notwendig, die Eskalation der Rüstungssysteme anzugreifen. Gerade

hier hat medico international den größten Erfolg erzielt. medico war eine der wesentlichen Gruppierungen, die die globale Ächtung der Landminen durchgesetzt hat. Das ist eine enorme Leistung, und ich möchte allen dafür danken, die hier als Unterstützerinnen und Unterstützer von medico arbeiten. Denn ich habe selbst noch im Nahen Osten erlebt, wie Landminen wirken. Es ist furchtbar.

Es gibt weitere Dinge, die nur global gelöst werden können: die Klimakatastrophe, der Klimaschutz, die Umweltkatastrophe. Es gibt die dringende Notwendigkeit, die massenhaften Flüchtlingsbewegungen zu unterstützen und den Kampf gegen die Grenzregimes und das Schengen-Regime aufzunehmen. All das sind Aspekte, wo wir Schadensbegrenzung und Abwicklungsoperationen zu leisten haben, um soziale Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und soziale Egalität durchzusetzen. In diesem Sinn möchte ich wie Vandana Shiva vorhin auf den ehrwürdigen Begriff „Sozialismus oder Barbarei“ verweisen, denn ich bin der Meinung, dass es Hoffnung gibt. Wir sollten daher global und lokal vernetzt neue Initiativen starten. Und wir sollten dabei unsere Schritte genau durchdenken, um Koordinationsprozesse in Gang zu bringen, die die globale Gegenmacht gegen den entfesselten Kapitalismus stärken und eine Transformation des Weltsystems in die Wege leiten. ■

# Solidarität mit den Vergessenen

Versorgung in den kurdischen Qandilbergen

projekte – projektionen

**D**ie Bodenoffensive der türkischen Invasionstruppen endete im Februar. Dennoch leidet die kurdische Bevölkerung im irakisch-iranischen Grenzgebiet weiterhin unter den regelmäßigen türkischen Luftangriffen. Zudem bombardierte im März 2008 auch die iranische Armee die Bergregion. Die bereits Ende 2007 in die Ebenen geflohenen Familien fordern seit langem Sicherheitsgarantien der kurdischen Regionalregierung. Unterdessen leben 130 Familien in zwei Zeltlagern, nur ca. 10 km entfernt von dem bedrohten Qandilmassiv, um in der Nähe ihres Viehbestandes auszuharren. Auch sie können, solange der Luftkrieg im Grenzgebiet weitergeht, nicht in ihre Dörfer zurück. Für die Nothilfe kooperiert medico mit dem Hilfsverein Haukari. Mit Mitteln des

Auswärtigen Amtes konnten unsere Partner, das kurdische Frauenhaus Khanzad und die Kurdistan Health Foundation (KHF) die 130 Familien in zwei Zeltlagern und weitere Familien in den nahen Kleinstädten der Pishder-Region mit Decken, Koch- und Hygienesets, Öfen, sowie Milch und Kleidung für die Kinder versorgen. Zusätzlich betreuen die mobilen Gesundheitsteams der KHF regelmäßig akut und chronisch Erkrankte, beraten Schwangere und Mütter und halten Versammlungen mit den Flüchtlingen zu Fragen von Krankheitsprävention, Hygiene, Ernährung ab. Denn an ihre Rückkehr in die nahen Dörfer ist noch längst nicht zu denken.

**Spendenstichwort: Kurdistan**

# Ein Tag in Nueva Jerusalem

In Guatemala öffnet ein besonderes Gesundheitszentrum

**E**in Fest erlebte im Mai 2008 der kleine Weiler Nueva Jerusalem in der guatemaltekischen Provinz Ixcán. 100 Gäste, darunter der Bürgermeister der nächsten Provinzstadt, Honoratioren aus verschiedenen Comunidades, sowie die gesamte Nachbarschaft nahm an der Einweihungsfeier des Centro de Capacitación Ricardo Perez Mira teil. Im Rahmen des Gesundheitsprojekts von medico und ACCSS ist ein multifunktio-

naler Ort entstanden: Trainings- und Weiterbildungskurse, Verkaufsstelle für Zahnbedarf und Medikamente, eine Bibliothek für Kinder und Jugendliche. Es folgt ein Internetcafe und im ansonsten tristen Playa Grande sind Kulturveranstaltungen geplant. Technologisch ist das Zentrum auf der Höhe der Klimadebatte: Regen wird gesammelt und sichert die Wasserversorgung, das Abwasser wird über eine Pflanzenkläran-



lage gereinigt und wieder dem Grundwasser zugeführt, die Dächer sind bewachsen, um so in der extrem heißen Region das Raumklima zu verbessern, damit auf stromintensive Klimaanlage verzichtet werden kann. Der Müll wird getrennt gesammelt und recycelt. Eine Solaranlage und ein Heilpflanzengarten werden folgen. Nach allen Festreden und feierlichem Banddurchschneiden inklusive Mayazeremonie, beschließen

die Jugendtheatergruppe Ixcán Creativo (kreatives Ixcán) und die Band Los Piratas (Die Piraten) den Eröffnungstag. Am nächsten Morgen starten Fortbildungskurse: 16 Gesundheitspromotoren werden in Alternativmedizin (Akupunktur, Medizinalpflanzen) weitergebildet. Die Projektgeschichte der ACCSS ist um ein erfolgreiches Kapitel erweitert.

**Spendenstichwort: Guatemala**

## Im Auge des Zyklons

Birmesische Filmemacher verfolgen die Zeit danach



Im Irrawaddy-Delta nach dem Sturm

Foto: Kindemithilfe

Flüchtlinge des Wirbelsturm Nargis seien nun „freiwillig“ in ihre zerstörten Dörfer zurückgekehrt. Wie zum Beweis vertreiben die Soldaten entlang der Überlandstraßen die Menschen, die um Nahrung betteln. Das völlige Versagen des

**D**er Umgang mit Büchern in Birma (Myanmar) ist bezeichnend. George Orwells erster Roman, „Tage in Burma“ (1934), der in den 20er Jahren im von Engländern besetzten Birma spielt und eine bittere Anklage gegen die Kolonialpraxis des britischen Empire darstellt, wird in Rangun an Touristen verkauft. Orwells Klassiker „Animal Farm“ und „1984“ dagegen stehen seit langem auf dem Index – offensichtlich könnten sie als realistische Birma-Gegenwartsromane gelesen werden. Zuletzt verkündete „The New Light of Myanmar“, das Zentralorgan der Militärjunta, alle

Militärregimes soll im Verborgenen bleiben. Dem entgegen versuchen junge birmesische Filmemacher die Nachwirkungen des Zyklons zu dokumentieren. Mit Hilfe von medico entsteht ein Dokumentarfilm, der die gesellschaftlichen Folgen des Sturms festhalten will. Erste verdeckte Dreharbeiten fanden in den verbotenen Zonen im zerstörten Irrawaddy-Flussdelta statt. Im Mittelpunkt der mutigen Filminitiative steht dabei die Nachbarschaftshilfe der Betroffenen selbst.

**Spendenstichwort: Nothilfe**



## Am kalten Fluss

Von der Weltöffentlichkeit nahezu unbemerkt, vollzog sich im Sommer 2007 nördlich der libanesischen Hafenstadt Tripolis eine blutige Tragödie. In monatelangen Kämpfen gegen eine fundamentalistische Miliz zerstörte die libanesischen Armee das palästinensische Flüchtlingslager Nahr el-Bared. Eine Reportage aus einer rechtlosen Zone, in der der Notstand permanent ist.

**A**uf der staubigen Straße flirrt die Luft in der Mittagszeit. Es ist heiß geworden und Taiwsir Achmed Il-Sawiad ist seit acht Uhr früh auf den Beinen. Er verschnauft und schiebt sich den Bauhelm in den Nacken. Mit routiniertem Blick taxiert er die Überreste eines vierstöckigen Wohnhauses. Die obersten Stockwerke sind eingestürzt, auf der noch stehenden ersten Etage sind Plastikplanen als Sichtschutz zwischen geborstenem Baustahl gespannt. Holzbalken stützen notdürftig die Treppenreste. Der 63-jährige Bauingenieur geht vorsichtig hinauf und ruft nach den Bewohnern. Nur ein Junge erscheint, dem er ein Formular mit einer Telefonnummer gibt. Die Eltern sollen sich melden. Dann notiert er ein rotes Kreuz in seiner Kladde. „Hohe Einsturzgefahr“, sagt er. „Eigentlich dürfte hier niemand mehr wohnen.“ Der stämmige Mann arbeitet für die „Architectes de l’urgence“, eine Gruppe von Ingenieuren und Architekten, die im Auftrag der UNRWA (United Nations Relief and Works Agency), der UN-Agentur für palästinensische Flüchtlinge, die Gebäudeschäden im Lager Nahr el-Bared auflistet. „Im alten Zentrum ist jedes Gebäude abbruchreif“, sagt der Ingenieur. „Es ist schlimmer als in Bagdad.“ Achmed Il-Sawiad hat 28 Jahre im irakischen Industrieministerium gearbeitet. Im Jahr 2006 ließ ihn die eskalierende Gewalt in Bagdads Straßen nach Nahr el-Bared heimkehren. „Nachdem ich meine Ersparnisse auf der konfiszierten irakischen Staatsbank verloren hatte, blieb mir nur noch mein Elternhaus im Flüchtlingslager.“ Er zündet sich eine Zigarette an und meint, dass sich das Schicksal der Palästinenser nach dem Angriff der libanesischen Armee wiederhole: Flucht auf Flucht. „Wie beim Exo-

odus aus Palästina im Jahre 1948 mussten wir wieder zu Fuß fliehen. 15 Kilometer bis ins benachbarte Beddawi-Camp.“ Dann der Schock nach dem Ende der Kämpfe: „Wir kamen in eine Welt zurück, in der kein Stein mehr auf dem anderen stand. Wo früher unsere Viertel waren, sind nur noch Trümmerfelder.“

Laut Angaben der UNRWA wurden bei den Auseinandersetzungen zwischen der libanesischen Armee und der sunnitisch-fundamentalistischen Gruppe Fatah al-Islam im Sommer 2007 fast alle Gebäude auf dem dicht bebauten, nur zwei Quadratkilometer großen inneren Areal des Lagers zerstört. Die abzutragende Schuttmenge dieser Ruinenlandschaft beträgt eine halbe Million Kubikmeter. Wo vormals Straßen waren, schlängeln sich jetzt Fußwege durch Häuser-Skelette, Krater und zerquetschte Fahrzeuge.

## Der Feind kam von außen

Das palästinensische Flüchtlingslager Nahr el-Bared („der kalte Fluss“) nahe der nordlibanesischen Hafenstadt Tripolis trägt den Namen des Wasserlaufs, der durch das Lager hindurch ins Mittelmeer fließt. Hier leben 42.000 Menschen in Vierteln, die nach den Herkunftsorten ihrer Bewohner im alten Palästina benannt sind. Das Lager ist weder an die öffentliche Müllabfuhr noch an die kommunale Strom- und Wasserversorgung angeschlossen; das öffentliche Schul- und Gesundheitssystem wird von der UNRWA und zahlreichen palästinensischen NROs bereitgestellt. Auf den Märkten von Nahr el-Bared wurden steuerfreie Waren gehandelt, die mit Hilfe der syrischen Armee, die fast drei Jahrzehnte in Tripolis präsent war, über den Land- oder Wasserweg geschmug-



Zurück bleibt nur noch eine Trümmerlandschaft. Das Flüchtlingslager nach den Kämpfen

gelt und dort zu erheblich billigeren Preisen als in der Umgebung verkauft wurden. Auch viele Libanesen besuchten die Märkte. Bis zum Ende des Jahres 2006 war es ein ruhiger Ort.

Der libanesische Militäreinsatz im Sommer 2007 gegen die fundamentalistische Fatah al-Islam, die sich zuvor in dem Flüchtlingslager festgesetzt hatte, war erschreckend brutal und rücksichtslos. Die Kämpfe begannen, nachdem sich Mitglieder der Fatah al-Islam in einem Vorort von Tripolis Schießereien mit der örtlichen Polizei geliefert hatten. Die Gruppe verschanzte sich daraufhin in Nahr el-Bared. Die libanesische Armee kappte die Strom- und Wasserversorgung für die gesamte Bevölkerung und griff ohne Vorwarnung an. Nicht nur an die 250 Kämpfer der Fatah al-Islam verloren in den Kämpfen zwischen Mai und September ihr Leben, auch 163 Soldaten starben und Hunderte wurden

verletzt. Die Mehrheit der Bewohner konnte nur in kurzen Feuerpausen der Armee eilig das Lager verlassen. Fast alle flohen ins benachbarte palästinensische Beddawi-Camp, dessen Bewohner sie mit großer Anteilnahme und Solidarität aufnahmen.

Im vergangenen Herbst konnte ein Teil der Flüchtlinge wieder nach Nahr el-Bared zurückkehren, aber noch im Frühjahr 2008 lebte die Hälfte weiterhin im benachbarten Beddawi-Camp oder in Übergangcontainers, die am Rande des zerstörten Lagers errichtet wurden. Erst im April dieses Jahres erlaubte die libanesische Armee, die bis heute das Lager komplett bewacht, den Beginn von Wiederaufbauaktivitäten. Die UN-Agenturen begannen mit Hilfe palästinensischer NROs, darunter auch der langjährige medico-Partner Popular Aid for Relief and Development (PARAD), die zerstörte Wasser- und Stromversor-



gung zu reparieren. Henri Disselkorn, der engagiert wirkende UNRWA-Verantwortliche für Nahr el-Bared, versichert im Gespräch, dass das Lager spätestens in drei bis vier Jahren neu aufgebaut sein wird.

## Verbitterte Rückkehrer

Wie viele Bewohner, misstraut auch der Kioskbesitzer Abu Harira Tamir diesen Ankündigungen. „Was ist passiert? Gab es einen Plan, das Lager auszulöschen, wie damals in Tel al-Zaatar?“ Er wiegt seinen zwei Monate alten Sohn im Arm und erinnert an das Jahr 1976, als nach Beginn des libanesischen Bürgerkriegs das damals größte Palästinenser-Camp von christlichen Milizionären dem Erdboden gleich gemacht wurde. In seinem blauen Kaftan und mit seinem langen Bart entspricht der frischgebackene Vater, der am Rande der Container-Häuser einen Laden betreibt, ein wenig dem westlichen Klischee eines islamischen Eifersers. Der Eindruck ändert sich, als er über die Katastrophe spricht, als im Herbst 2006 die ersten Anhänger der Fatah al-Islam im Lager auftauchten. „Sie hatten neue Geländewagen, moderne Waffen und offensichtlich viel Geld. Ihre Frauen waren völlig verschleiert.“ Auffällig war, dass sie mehrheitlich keine Palästinenser waren, sondern aus Marokko, Saudi-Arabien, dem Irak und Afghanistan stammten. Die Glaubenskrieger begannen die Bewohner zu gängeln, wenn sie Musik hörten. In der Umgebung ihrer Zentren rissen sie Plakate mit dem Konterfei von Hassan Nasrallah, dem Chef der schiitischen Hizbullah-Partei, von den Wänden. „Ihre Prediger behaupteten, dass die Schiiten Ungläubige sind.“ Viele Lagerbewohner vermuteten damals schon, dass die sun-

nitischen Jihadisten der Fatah al-Islam Verbindungen zum Netzwerk der Al-Qa'ida hatten.

Das dachte auch Ijad Abid, der Markthändler, dessen gut florierendes Gemüse- und Obstgeschäft ausbrannte. „Nur mein Haus ist mir geblieben“, sagt der 56-jährige achselzuckend. Mit Maurerkelle und Zement versucht er, die durchlöcherchten Außenmauern zu flicken. „Maschinengewehrgarben“, sagt er. Ich soll das oberste Stockwerk sehen. Im Hausflur zeigt er auf obszöne und rassistische antipalästinensische Parolen, die von libanesischen Soldaten stammen. Ijad Abid ist empört: „Wir haben nie für möglich gehalten, dass muslimische Brüder uns so etwas antun.“ Entfernen will er die Schmierereien erst, wenn der PLO-Vertreter sein Haus gesehen hat. Wann das sein wird? Er weiß es nicht, wie er überhaupt keine Vorstellung hat, was kommen wird. „Sie haben uns alle im Stich gelassen.“ Dann erzählt er, wie unverantwortlich das Lagerkomitee handelte, als die „Terroristen“, wie er die Fatah al-Islam ohne Umschweife nennt, in das Camp gekommen waren. „Die islamischen Gruppierungen sagten uns, dass sie nicht auf ihre Brüder schießen. Die anderen Organisationen hatten Angst, selbst angegriffen zu werden.“ Seine Verachtung trifft auch die offiziellen PLO-Vertreter: „Sie haben mit der libanesischen Armee noch kooperiert, als die bereits unsere Häuser zerstörte.“ Im obersten Stockwerk sind alle Zimmer verwüstet. Die Wände sind rauchgeschwärzt. In der Küche liegen verschmorte Plastikwannen und zerbrochenes Geschirr. Seine Verbitterung war endgültig, als er nach der Rückkehr feststellen musste, dass es unter der libanesischen Armee zu systematischen Plünderungen gekommen war. „Alle Elektro-



und Küchengeräte, sogar die Klimaanlage, die Sofas und selbst Schlafzimmereinrichtungen waren weg.“ Ein Sofa fand Ijad Abid auf einem Markt der Umgebung wieder. Nein, eine Entschädigung erwartet er von niemandem. Und die Zukunft? „Gibt es nicht“, sagt er knapp. Mag sein, dass irgendwann die Häuser wieder stehen, aber die Armeekontrollen am Lagereingang bleiben. „Kein Libanese wird hier wieder zum Einkaufen kommen. Wir sind verloren und rechtlos.“

## Keine Zukunft ohne Rechte

Wie die Milizionäre der Fatah al-Islam betrachtete auch die libanesische Armee Nahr el-Bared als de facto rechtsfreie Zone. Die Zerstörung des Lagers ereignete sich in aller Öffentlichkeit. Die Verbitterung vieler Palästinenser über die politische Schwäche ihrer eigenen Organisationen, weist auf das dramatische Machtvakuum und den „exterritorialen Status“ der Flüchtlingscamps hin. Dieser außergesetzliche Raum ist eine



Zone permanenten Notstandes, in der nicht nur die libanesische Armee, sondern auch palästinensische und vermehrt fundamentalistische Organisationen nach eigenen Regeln handeln. Der libanesische Staat machte die Einwohner von Nahr el-Bared zu einer Art *homo sacer*, also zu einer Bevölkerungsgruppe, deren Eigentum nicht nur zerstört, sondern auch ungestraft geplündert werden kann. Solange den Palästinensern im Libanon die elementarsten Bürgerrechte und der uneingeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt verweigert bleiben, stehen viele Flüchtlingslager kurz vor der Katastrophe.

Martin Glasenapp



## PROJEKTSTICHWORT

In Nahr el-Bared und im nahen Beddawi-Camp arbeitet medico mit den palästinensischen Hilfswerken NAMSC und PARD, zwei alten und erfahrenen medico-Partnern. Das Bürogebäude von NAMSC in Nahr el-Bared wurde zwar zerstört, aber ihr sozialmedizinisches Ausbildungszentrum in Beddawi arbeitet weiter und hat zusätzliche Studierende aus dem zerstörten Nachbarcamp aufgenommen. PARD half nicht nur während der Kämpfe den Flüchtlingen, sondern beteiligt sich mit seiner in langen Jahren erworbenen Expertise auch an der Wiederherstellung der Wasserversorgung in Nahr el-Bared. Beide Partner brauchen Ihre Unterstützung. Damit Palästinenser im Libanon eine Zukunft haben können. Um nicht weniger geht es. Das Spendenstichwort lautet: **Libanon.**



# Afrikanische Flüchtlinge in Tel Aviv

Wie die Ärzte für Menschenrechte das Recht auf Gesundheitsversorgung für alle erkämpfen. Von Tsafrir Cohen

israel / palästina

Im Süden von Tel Aviv steht ein schiffsähnliches Gebäude, ein Juwel der Bauhausarchitektur, die zur Weltkulturerbeliste der UNESCO zählen. Das Haus wird zurzeit saniert, doch im Erdgeschoss wimmelt es nur so von Leben: Mehr als 150 Menschen hausen in zwei unverputzten, etwa fünfzig Quadratmeter großen, kaum beleuchteten Räumen, die vollgestopft sind mit schmutzigen, abgewetzten Matratzen. Auf ihnen kauern Menschen und essen aus großen Aluminiumtöpfen. Es gibt nur eine einzige Toilette, ein Waschbecken, keine Dusche und es riecht bestialisch nach menschlichen Absonderungen. In dieser von Migranten besetzten Notunterkunft unterhalte ich mich mit einem 20-Jährigen, der sich Abraham nennt. Er flüchtete zu Fuß aus Eritrea und per Bus bis nach Ägypten. Von dort aus lief er Hunderte Kilometer zur israelischen Grenze, unterwegs wurde er von ägyptischen Soldaten schwer misshandelt. In Israel angekommen, verhaftete ihn die Armee. Später wurde er einfach vor einer Polizeistation im südlichen Beer Sheva abgesetzt. Von dort aus fand er den Weg nach Tel Aviv. Seit Mitte 2006 sind mehrere Tausend Asylbewerber nach Israel gekommen, fast alle Afrikaner, die illegal mehrere Grenzen passierten und schließlich durch die Wüste von Ägypten nach Isra-

el kamen. Sie sind dem Grauen von Darfur entkommen, dem Elend und den Krisen in der Elfenbeinküste, in Sierra Leone oder Eritrea entflohen.

## Internierung in der Negev-Wüste

Israel kannte bislang keine Flüchtlingsströme, und aktuell sind nur etwa 150 Menschen gemäß der UN-Flüchtlingskonvention anerkannt. Die anderen leben in einer legalen Grauzone. Die israelischen Gesetze schließen all jene Asylsuchenden aus, die aus „verfeindeten Staaten“ kommen. Diese gelten als Sicherheitsgefahr, wie etwa die größte Gruppe der Darfur-Flüchtlinge. Anstatt sie in Rehabilitationsprogramme aufzunehmen, blieben viele dieser traumatisierten Überlebenden für Monate ohne Gerichtsverfahren und Anwälte inhaftiert. Hunderte von ihnen wurden in Militärbasen in der Negev-Wüste festgehalten. Als israelische und internationale Menschenrechtsorganisationen dies aufdeckten und veröffentlichten, erwiderte das Büro des Premierministers: „Auch das ist Zionismus: Wenn wir Eindringlingen erlauben, sich in Israel niederzulassen, schaden wir den Lebensgewohnheiten des Landes“.

Die israelische Regierung kümmerte sich nicht um die eskalierende Situation, sprich: die überfüllten Gefäng-



Notunterkunft von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Tel Aviv

nisse und Militärlager, den rechtsfreien Raum, in dem die Flüchtlinge leben. Premier Olmert forderte bei einem Gespräch mit Ägyptens Präsidenten lediglich, dass Ägypten den Flüchtlingsstrom nach Israel unterbinden solle. Daraufhin begannen ägyptische Soldaten entlang der Wüstengrenze zu Israel auf Flüchtlinge zu schießen und töteten mehrere von ihnen.

## Versorgung der Entrechteten

In die offene Klinik der „Ärzte für Menschenrechte“ (PHR) im südlichen Tel Aviv kamen bis 2006 vor allem Menschen, die sich illegal in Israel aufhielten oder deren legaler Status sie trotzdem von der öffentlichen Gesundheitsversorgung ausschloss, wie z.B. „Fremdarbeiter“ aus Thailand oder den Philippinen. Im Verlauf der letzten eineinhalb Jahre wurden jedoch Flüchtlinge die Hauptnutznießer und in kurzer Zeit überstieg ihre Zahl – immerhin etwa 8.000 – die

vorhandenen Klinikkapazitäten. Der medico-Partner entschied daraufhin, den Gesundheitsdienst zu unterbrechen und mit einer Kampagne öffentlichen Druck auf die Regierung auszuüben, den Zugang zu Gesundheit für alle in Israel lebenden Menschen zu garantieren. Sie starteten eine Online-Kampagne. Ende März, nachdem die Klinik geschlossen war, forderte ein Blogger im Internet andere User auf, die Kampagne „Kümmert Euch um Flüchtlinge“ zu unterstützen. Am Ende forderten 100 Blogger von der Regierung, ihre Politik zu überdenken und für Flüchtlinge, die häufig unter lebensbedrohlichen Krankheiten wie HIV oder Tuberkulose leiden, eine angemessene staatliche Gesundheitsversorgung. Die Vorstellung, Menschen, die gerade einem Völkermord wie in Dafur entkamen, die Hilfe zu verweigern, erregte die Gemüter in einem Land, das sein Selbstverständnis doch auch aus der Shoah herleitet. Die Internet-Kampagne fand eine praktische Ent-

sprechung: Die Klinik war zwar geschlossen, doch die Ärzte für Menschenrechte leisteten Überstunden, indem sie – oft zusammen mit Journalisten – die Patienten in die Nothilfeabteilungen verschiedener Krankenhäuser begleiteten. Die Krankenhäuser, die bei Notfällen Patienten unabhängig von ihrem legalen Status annehmen müssen, blieben auf unbezahlten Rechnungen sitzen und erhöhten ihrerseits den Druck auf die Regierung.

## Ein erster Erfolg

Nachdem der Name des Gesundheitsministers im Internet fast nur noch in diesem Zusammenhang auftauchte, kapitulierte die Regierung. Nach zwei Parlamentssitzungen wurde ein Zuschuss in Höhe von circa acht Millionen Euro genehmigt. In Kürze sollen auch die Gesetze zum Besseren geändert werden. Damit erkennt der Staat zum ersten Mal seine Verantwortung auch für das Wohl von Menschen an, die keinen legalen Status besitzen.

Die Ärzte für Menschenrechte feiern diesen Erfolg, auch wenn sie noch nicht sicher sind, dass die Regierung ihre Versprechen einhält. Seit Jahren beobachten sie – aller Friedensrhetorik zum Trotz – eine ethnozentrische Politik,

die immer rigoroser wird: „Jüdische Israelis werden wohlhabender, Palästinenser ärmer; Israelis haben jede Möglichkeit, sich frei zu bewegen, Palästinenser leben in Freiluftgefängnissen; Palästinenser bekommen auf eigenem Land keine Hausbaugenehmigung, für Israelis wird Land mitten in arabischen Gebieten konfisziert; Palästinenser zahlen höhere Stromrechnungen als ihre unmittelbaren jüdischen Nachbarn“, so Ran Cohen, Projektleiter der PHR für Migranten und statuslose Personen in Israel: „Die Menschen im Land und die politische Klasse haben gelernt, dass man den ‚Anderen‘ verdrängen, enteignen, wegsperren und neulich – siehe Gaza – auch kollektiv bestrafen kann“. Das werfe Israel um Jahrzehnte zurück und erzeuge Fremdenhass auch innerhalb des Landes. Die „Migrant Worker Clinic“ wird wieder öffnen. ■

*Nachtrag: Kürzlich forderte eine Gruppe nationalistischer Knessetmitglieder eine erneute Gesetzesänderung: Flüchtlinge aus verfeindeten Ländern sollen ohne Ansehen der Person mit sieben Jahren Gefängnis bestraft werden. Sie gewannen die erste Abstimmung mit nur einer Gegenstimme. Die Kampagne „Kümmert euch um die Flüchtlinge“ ist offenkundig noch nicht zu Ende.*

## PROJEKTSTICHWORT

Die Ärzte für Menschenrechte in Tel Aviv setzen darauf, dass durch das wachsende Verständnis für Dafur-Flüchtlinge die israelische Öffentlichkeit beginnt, die Angst gegenüber dem „eigentlichen“ Feind, dem palästinensischen Nachbarn, zu hinterfragen. medico wird die mutigen Menschenrechtler weiter unterstützen. Wir zählen dabei auf Ihre Mithilfe. Das Spendenstichwort lautet: **Israel-Palästina.**



Entlassung, Ktziot-Gefängnis in Beer Sheva

# Arme gegen Arme

Wie die systematische Exklusion die Stimmung in den Townships aufheizt und welche Rolle dabei überkommene Apartheid-Stereotypen spielen. Ein Interview mit der Direktorin der Khulumani Support Group, Marjorie Jobson

südafrika

**medico: Khulumani hat ca. 70 Selbsthilfegruppen von Apartheid-Opfern, die vorwiegend in den Townships aktiv sind. Wie habt ihr die rassistischen Angriffe auf Migranten erlebt?**

Marjorie Jobson: Khulumani-Mitglieder waren in ihren „kommunalen Sicherheitsforen“ aktiv, die es seit längerem gibt, um Gewaltprävention vor Ort zu betreiben. Im Township Khutsong in der Nähe von Johannesburg ist es gelungen, die lokalen Führer zu Aufrufen gegen die Gewalt zu bewegen,

das hat zur Deeskalation beigetragen. Das glückte jedoch nicht in vielen Townships. Wir haben uns auch an der Demonstration der Zivilgesellschaft im Geschäftsbezirk von Johannesburg beteiligt, die dort gegen diese schrecklichen Angriffe protestierte. Wir sind uns aber auch dessen bewusst, dass solche Aktionen die öffentliche Wahrnehmung bei uns und im Ausland verändern, aber wenig an der organisierten Gewalt und Xenophobie in den Townships.

hängen bei uns vom informellen Handel ab. Gerade auf diesem Sektor ist deshalb die Konkurrenz sehr groß und hart. Viele Einwanderer sind in diesem Bereich zum Teil erfolgreich tätig. Sie sind häufig besser ausgebildet und haben durch ihre Auswanderung eine höhere Motivation. Die eskalierende Gewalt gegen Einwanderer ist ein seit Jahren schleichender Prozess. Denn migrantische Händler im informellen Sektor werden bereits seit vielen Jahren attackiert. Die Medien interessierten sich dafür ebenso wenig wie die Polizei, die nichts unternimmt, um die Betroffenen zu schützen. Im Gegenteil, der Staat kriminalisiert diese Händler ebenfalls. Täglich geht die örtliche Polizei gegen sie vor, konfisziert ihre Stände, verhängt drastische Geldbußen, die die Händler nicht bezahlen konnten. Die konfiszierten Waren werden zerstört oder von den Polizisten selbst weiterverkauft. Diese ununterbrochenen Angriffe und Misshandlungen, denen die migrantischen aber auch alle anderen informellen Händler ausgesetzt sind, haben dazu geführt, dass die ökonomische Apartheid zwischen Besitzenden und Habenichtsen verschärft worden ist. Die Konkurrenz unter den Allerärmsten ist dadurch noch größer geworden. Dieses Vorgehen ge-

**Was sind aus deiner Sicht die Ursachen für diese Gewalt?**

Die meisten armen Menschen



gen den informellen Sektor ist keine südafrikanische Erfindung. Mugabe hat 2005 in Simbabwe mit dem Slogan „Weg mit dem Dreck“ eine solche Kampagne durchgeführt und so die Lebensgrundlage und die Siedlungen von 700.000 Menschen zerstört.

### **Die jüngsten Angriffe waren aber von einer ungleich härteren Qualität als die der staatlichen Polizei?**

Ja, zum Beispiel die Verbrennung der beiden mosambikanischen Einwanderer im Atteridgeville Township

in Pretoria. Das war ein entsetzliches und höchst symbolisches Fanal. Die beiden wurden bei lebendigem Leib in einer Art exorzistischem Akt verbrannt, quasi geopfert. Ein Zeichen, das rasend schnell Nachahmer fand. Angesichts der ohnehin aufgeheizten Atmosphäre in den Townships verbreitete sich dieses Gewaltritual wie ein Lauffeuer. Ein Funke genügte. Beteiligt sind daran vorwiegend junge Männer, die nicht mehr über traditionelle Wege verfügen, ihre Männlichkeit zu behaupten, weil sie arm sind und keine Arbeit haben, die ihnen Anerkennung verschafft. Die Gruppengewalt ist für sie ein wirklicher Energiespender.

### **Südafrika ist ein Einwanderungsland, und war während der Apartheid zeitweise ein Auswanderungsland. Warum kommt es trotzdem zu solchen Angriffen gegen Einwanderer?**

Wenn man so will, haben alle Südafrikaner einen Migrationshintergrund. Bis zu den Wahlen 1994 trug die Einwanderung allerdings ein weißes Gesicht. Erst in den letzten Jahren wurden die schwarzen Einwanderer zur Mehrheit. Es ist nicht einfach, die tiefen Ursachen für diese ausländerfeindlichen Angriffe zu nennen. Wir als südafrikanische Zivilgesellschaft können ein paar Faktoren aufzeigen, die zu diesem Gewaltausbruch beigetragen haben. Dazu gehört, dass die südafrikanische Regierung nicht imstande war und ist, die Ursachen von Armut und ökonomischer Ausgrenzung zu bekämpfen. Die wachsende Inflation hat bei den geringen Einkommen in den Township-Gemeinden die Überlebenssituation noch verschärft. Die Erwartungen nach 1994 auf ein besseres Leben wurden nicht erfüllt. Viele Südafrikaner schreiben ihre prekäre ökonomische und soziale Lage nicht der

Volksküche für verfolgte Migranten  
im Township Khayelitsha  
(Kapstadt)





Regierung zu, sondern der Anwesenheit von Ausländern in ihren Gemeinden. Die internalisierten Stereotypen aus der Apartheid-Zeit kommen hier nach wie vor zum Tragen. Das Apartheid-Regime hatte ein perfektes System von Spaltungsstrategien gegen die ausgegrenzte Mehrheit der Bevölkerung entwickelt und realisiert. Ohne sie zu hinterfragen, wurden aus dieser Zeit stammende Stereotypen vom Schwarzen als Dieb, Vergewaltiger und Dummkopf auf die Einwanderer übertragen. Hinzu kommt, dass die großen Erzählungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) und die nachfolgenden Strategien zur Nationenbildung darin bestanden, dass „wir alle eins sind“, dass wir uns gegenseitig verziehen haben. Die sozialen Unterschiede wurden weggeredet. Dabei hätte man ehrlich über die Notwendigkeit einer sozialen Versöhnung reden müssen, statt die politische Versöhnung der Eliten für allgemeingültig zu erklären.

### **Was unternimmt Khulumani konkret in dieser Situation?**

Gemeinsam mit dem südafrikanischen Zentrum für Folteropfer (SACST) haben wir ein Sofortprogramm für informelle Siedlungen entwickelt, die

einen Fokus der Angriffe darstellen. Dort führen wir mit Konfliktmediatoren in kleinen Gruppen Trainingsprogramme mit Bewohnern durch. Sie haben die Aufgabe zu deeskalieren, um die Rückkehr der Migranten zu erreichen. Die Moderatoren bleiben in den Gemeinden und reden mit den Leuten. Wir nennen das einen „diffusen Dialog“, bei dem es erst einmal darum geht, Denkanstöße zu vermitteln. Das geht nur in kleinen Gruppen, in denen sich Menschen sehr persönlich mit anderen möglichen Haltungen auseinandersetzen können. Große Versammlungen würden zum jetzigen Zeitpunkt nur zur Verfestigung der Vorurteile führen. Auf lange Sicht muss es uns gelingen, eine soziale und ökonomische Entwicklung zu gestalten, die in den ärmsten Gemeinden beginnt und die deren direkte Partizipation sicherstellt. Die Armutsbekämpfung muss in der Art eines staatlichen Marshallplanes in den einzelnen Gemeinden ansetzen. Unsere Losung: Nothing about us – without us – nichts über uns ohne uns – trifft auch hier zu. Wir müssen die Menschen an der Basis aktivieren, ihr Schicksal in die Hand zu nehmen und ihre Partizipation an Entscheidungen sicherzustellen. ■



### **PROJEKTSTICHWORT**

Gleich nach den Angriffen und Vertreibungen der afrikanischen Einwanderer in Südafrika hat medico Nothilfemittel zur Versorgung der Flüchtlinge in den Notunterkünften zur Verfügung gestellt. Nun geht es darum, die südafrikanischen Partner, die alle in den Armenvierteln arbeiten, insbesondere in ihren psychosozialen, gemeindeorientierten Programmen zu unterstützen, um die Rückkehr der Vertriebenen zu ermöglichen. Dafür bitten wir Sie um Spenden unter dem Stichwort: **Südafrika.**



MEDEICINA Y PSICOANÁLISIS EN LOS DEBIDOS MOMENTOS  
Resolución del Directorio, 1968-1970  
Prácticas Psicoanalíticas de formación  
Ejercicio Clínico 1970-1975  
Médico Generalista

**Dr. Marie Langer**  
Medico C.F.P.

**Der Nutzen  
der Psychoanalyse  
beim Aufbau einer  
neuen Gesellschaft  
– das Beispiel  
Nicaragua**

Montag, 26. September 1983, 20 Uhr u.t.  
Universität Frankfurt, Hörsaal IV

Marie Langer, Psychoanalytikerin  
und Antifaschistin

Alle Fotos: medic-archiv



Seite 33

# 1968-2008 Hilfe im Handgemenge

40 Jahre Solidarität und Kritik

## II. Befreiungshilfe 1979 - 1988

### Nicaragua – Lehrjahre am Río San Juan

Hilfe, die nicht nur an den Symptomen herumdoktern will, muss im Wortsinne

radikal sein. Diese alte Erkenntnis, die medico in den Anfangsjahren bestätigt fand, bewegte auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO), als sie 1978 das „Konzept der Basisgesundheits-

versorgung“, die „Primary Health Care“-Strategie verabschiedete. Gesundheit, so heißt es darin, wird vor allem durch außermedizinische Faktoren bestimmt. Ärzte, Krankenhäuser oder Arzneimittel, so wichtig sie sind, beeinflussen die gesundheitliche Lage eines Landes nur in zweiter Linie. In erster Linie sind es der Zugang zu Einkommen und Land, menschenwürdige Wohnverhältnisse, ausreichende Ernährung, die Respektierung der Menschenrechte und die Teilhabe an



einer vitalen Kultur. Wer für Gesundheit streiten will, muss sich für soziale Gerechtigkeit und demokratische Partizipation einsetzen.

Die PHC-Strategie, die sich *medico* damals zu Eigen machte, zeigte ihre Kraft zu Beginn der 80er Jahre im revolutionären Nicaragua. Mit einem Mal war das ambitionierte Ziel der WHO: „Gesundheit für alle“ in Nicaragua greifbar nahe. Den entschlossenen Bemühungen des nicaraguanischen Gesundheitsministeriums stand *medico* nach Kräften zur Seite: anfangs in den Nordprovinzen des Landes, dann über viele Jahre hinweg im Süden am Río San Juan. *medico* half bei der Gesundheits-erziehung, beim Bau von Latrinen, der Verbesserung der Trink- und Abwasser-versorgung und der Ausbildung von Krankenpflegepersonal. Mit unserer Unterstützung entstand ein Netz von Gesundheitsposten und -zentren und schließlich ein regionales Kranken-

haus. Nicaragua war in den 80er Jahren zweifellos das größte „Projekt“ von *medico*. Und das, was Nicaragua erreichen konnte, sprach für sich: Die Kindersterblichkeit sank auf ein Drittel, die Kinderlähmung wurde ausgerottet, selbst die Malaria konnte massiv zurückgedrängt werden. Nicaragua wurde zum Modellland der WHO.

Schnell strahlten die Erfolge in die Nachbarländer aus. Auch die Bevölkerungen von El Salvador und Guatemala verlangten ein Ende der dortigen Diktaturen. Die Region war im Aufstand, zum Leidwesen der USA, die Nicaragua, die „Gefahr des guten Beispiels“, wirtschaftlich strangulierte und die Region in Kriege verwickelte.

Aus Solidarität mit den mittelamerikanischen Befreiungsbewegungen bildeten sich in Deutschland zahlreiche Solidaritäts-Komitees. Bemüht um Unterstützung, sorgten sie für politische Aufklärung, organisierten Aufbaubrigaden und Beobachterdelegationen und verabredeten Städtepartnerschaften. Getragen von dieser überaus vitalen Solidaritätsbewegung wuchs auch *medico* und konnte seine Hilfen für die Region ausweiten: In den „befreiten Gebieten“ El Salvadors entstand eine medizinische Notversorgungsstruktur (wobei die taz all denen, die nicht für das von ihr propagierte „Waffen-Konto“ spenden wollten, das *medico*-Konto als Alternative anbot). In Guatemala unterstützten wir die „Geheimen Dörfer“, in denen sich die indianische Bevölkerung vor der Völkermordpolitik der herrschenden Militärs in Sicherheit brachte, und auch in Nicaragua intensivierten wir unsere Aufbaumühungen. Allen Rückschlägen durch den Contra-Krieg zum Trotz gelang es, das Krankenhaus von San Carlos fertig zu stellen und dabei sogar

noch auf eine ökologisch nachhaltige Bauweise zu achten. Statt auf Energie fressende Klimatechnik setzten wir auf angepasste natürliche Lüftungssysteme und schufen damit die Voraussetzung, dass das Krankenhaus noch heute seine Mittel der medizinischen Versorgung zugute kommen lassen kann und nicht in kostspielige Betriebskosten stecken muss.

## Salud Mental – Psychoziale Arbeit

*„Es reicht nicht, in den Menschen Nicaraguas nur ‚Objekte‘ medizinischer Versorgung zu sehen und die Vielzahl psychischer Probleme, mit denen Nicara-*

*gua zu kämpfen hat, außer Acht zu lassen“, war 1984 im „medico-Rundschreiben“ zu lesen, das seit 1982 vierteljährlich erscheint. „Die Befreiung aus materieller und psychischer Not gehören zusammen: von Anfang an.“*

Lange bevor der entwicklungs- politische Mainstream die Arbeit mit traumatisierten Menschen entdeckte, war die psychosoziale Arbeit zu einem Schwerpunkt von medico geworden. Verbunden ist dieses Engagement vor allem mit einem Namen: dem der Psychoanalytikerin und Antifaschistin Marie Langer, die in Nicaragua beim Aufbau einer sozialpsychiatrischen Versorgungsstruktur half und bis zu ihrem Tode 1987 eng mit medico verbunden blieb.

Aus der Arbeit des „Equipo Marie Langer“ entstand ein globales Netzwerk von Psychotherapeutinnen und Psychologen, die sich damals in Chile um die Betreuung von Folter- und Repressionsopfern kümmerten und später auch in Mosambik, Südafrika, Sierra Leone, Palästina, Guatemala und El Salvador tätig wurden. Ziel des Bemühens war neben der Betreuung von seelisch erschütterten Menschen die Entwicklung geeigneter, den jeweiligen kulturellen Kontext berücksichtigender Behandlungskonzepte. Noch heute zählt die psychosoziale Arbeit zu den Schwerpunkten von medico.

## Hilfe an der Seite von Befreiungsbewegungen

Es war eine Art Doppelstrategie, die medico im Laufe der 80er Jahre formulierte. Selbstverständlich standen praktisch-soli-



darische Hilfen auch weiterhin im Zentrum der Arbeit, zugleich aber begannen wir, uns systematisch mit den Strukturen auseinander zu setzen, die für das Elend der Welt verantwortlich sind. Wenn sich Hilfe nicht mit einem bloßen Abfedern von Not zufrieden geben will, muss sie sich sozusagen „ins Handgemeine“ begeben, in die beharrliche Auseinandersetzung mit den krankmachenden Verhältnissen. So stand es im damals publizierten Selbstverständnis und so lautete es auch in Anzeigen, mit denen medico auf sich aufmerksam machte: „Hilfe ist nie neutral!“

Bewusst konzentrierte sich medico auf jene drei Regionen der Welt, in denen der Kampf um eine andere, eine solidarische Welt damals geführt wurde: Zentralamerika, Südliches Afrika und der Nahe bzw. Mittlere Osten. Gemeinsames Ziel aller Projekte war die Stärkung selbstbestimmter Lebensformen – auch und gerade in der Auseinandersetzung mit Repression und kriegerischer Gewalt.

In *Südafrika* unterstützte medico Gesundheitsgewerkschaften, Ärzteverbände und Basisinitiativen im Kampf gegen die Apartheid und bei der Aufrechterhaltung einer grundlegenden medizinischen Versorgung. Im *Libanon*, dessen Hauptstadt Beirut 1982 in Schutt und Asche gelegt wurde, galt die Hilfe den in existentielle Bedrängnis geratenen Flüchtlingen aus Palästina, der Ausbildung von Krankenschwestern und dem Aufbau eines Physiotherapiezentrums zur Versorgung von Kriegsoptionen. Mit einer Projektsumme von nicht einmal 5.000 DM begann 1986 die Unterstützung für die auf Unabhängigkeit drängenden *Kurdinnen und Kurden*

im Irak und im Iran (woraus später das größte „medico-Projekt“ werden sollte). Auf den *Philippinen* förderten wir die demokratische Bewegung gegen die Marcos-Diktatur und unterstützten Gesundheitsgruppen, die sich gegen die Macht der Pharmakonzerne engagierten.

## Anfänge der Globalisierungskritik

Nach und nach ist so neben der politischen auch die wirtschaftliche Macht ins Blickfeld geraten. Es war die Zeit, als sich der Weltmarkt bis in den letzten Winkel des Globus ausbreitete, die neoliberalen „Chicago Boys“ in Chile für die Privatisierung des Gesundheitswesens sorgten, die Inwertsetzung der tropischen Regenwälder begann, das Agrobusiness die kleinbäuerliche Landwirtschaft unter Druck setzte und der IWF mit knebelnden Strukturanpassungsprogrammen die Abhängigkeit des



Hand in Hand gegen das Apartheid-Regime: Solidaritätsaktion auf dem Frankfurter Römer

Südens zementierte. Nun waren es nicht mehr alleine die Verhältnisse im Süden, mit denen medico ins Gericht zu gehen hatte, sondern auch mächtige Akteure, die im eigenen Land Name und Adresse hatten. Zum Beispiel die Pharma-Multis, deren skandalöse Geschäftspraktiken medico 1982 in dem 200-seitigen Buch „Geschäfte mit der Armut“ anprangerte. Es war das erste Buch, das medico herausgab, das auf Anhieb den Weg in die großen Medien fand. Mit landesweiten Kampagnen, wie der Aktion „Alternative Pharmavertreter besuchen ihre Hausärzte“ warb medico für eine rationale Medikamentenversorgung im In- und Ausland.

Die Pharmaindustrie reagierte, nahm etliche unsinnige und gefährliche Präparate vom Markt – und schickte medico einen Privatdetektiv ins Haus. Dessen Dossier wurde später über Mitarbeiter eines Schweizer Unternehmens ebenso publik, wie wir schließlich auch

Einblick in unsere Akte nehmen konnten, die das Apartheid-Regime in Südafrika angelegt hatte.

## **Die neue Qualität: Internationale Vernetzung**

Das Bemühen um eine solidarische Welt zeigte Wirkung – auch und gerade bei denen, die sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Partizipation im Wege standen. Um der Kritik an den krankmachenden Strukturen mehr Nachdruck zu geben, entstand Anfang der 80er Jahre das internationale Ärztenetzwerk „Health Action International“. Medico wurde dessen Mitglied, half maßgeblich beim Aufbau der europäischen Sektion und ist seitdem Teil einer globalen Struktur. Erstmals buchstabierten wir Solidarität nicht als Solidarität „für andere“, sondern als eine „zwischen“ gemeinsam für eine andere Welt streitende Akteure.

*Thomas Gebauer*





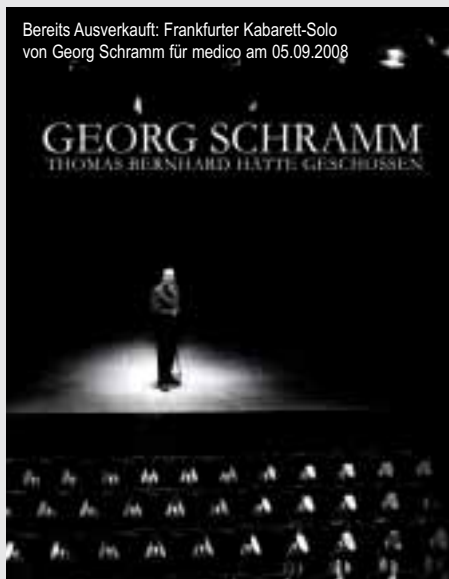
## Veranstaltungsreigen

Gut besuchte 40-Jahre-Meetings

medico aktiv

Nicht nur die Konferenz „Solidarität – heute“ sondern auch eine Vielzahl kleiner Veranstaltungen aus Anlass des 40jährigen Jubiläums von medico international fanden in der ersten Jahreshälfte in Frankfurt statt. Debattiert wurde über die aktuelle Bedeutung der Psychoanalytikerin Marie Langer, über den Zusammenhang von Katastrophen, Bildern und Solidarität, über Männlichkeitskult und Jugendgewalt in Südafrika, sowie über die einer militärischen Besatzung innewohnende Eskalation anhand des Films „Private“. Die letzte Veranstaltung vor der Sommerpause hieß „Solidarität im Film“. Malte Rauch zeigte einen 1971 gedrehten Film über die Kämpfe der französischen Bauern und Arbeiter zu Beginn der 70er Jahre und Hanns-Christoph Koch seine Dokumentation „Bluternte“, gedreht in den 80er Jahren. Die Zeitreise führte nicht nur in die Vergangenheit eines Fern-

Bereits Ausverkauft: Frankfurter Kabarett-Solo von Georg Schramm für medico am 05.09.2008



sehens, das spannende politische Themen gut und klug aufbereitet zur besten Sendezeit um 20:15 Uhr präsentierte. Es zeigte sich auch, dass Themen, die damals Revolten auslösten, wieder aktuell sind: Hungerlöhne, Altersarmut, die Kommerzialisierung des eigenen Körpers, um das Überleben zu sichern. ■

## Vertrag zum Verbot von Streumunition

Antiminen-Bündnis sieht Schwachstellen

Nach zähen Verhandlungen auf der Dubliner Konferenz zum Verbot von Streumunition Ende Mai diesen Jahres haben sich die 110 Teilnehmerstaaten auf einen Vertragstext geeinigt, der ein umfassendes Verbot der Streumunitionstypen festschreibt, die bislang zum Einsatz gekommen sind. Der Ver-

trag wird am 2. Dezember 2008 in Oslo unterzeichnet und tritt nach der Ratifikation durch den 30. Vertragsstaat in Kraft.

Auch Deutschland hat seinen Widerstand in Bezug auf die geforderten Ausnahmen und Übergangsfristen aufge-



geben. Durchgesetzt hat die deutsche Delegation allerdings, dass sensorgeladene Streumunition und Streuminen und sog. Dispenserwaffen, mit denen auch Streumunition verschossen werden kann, nicht verboten werden. Laut dem Aktionsbündnis Landmine.de, dem auch medico international angehört, stellt Artikel 21 die größte Schwachstelle dar. Er erlaubt den Vertragsstaaten, auch weiterhin an gemeinsamen Militäraktionen mit Nicht-Vertragsstaaten (z.B. den USA) teilzunehmen, die diese Streumunition einsetzen. „Diese Ausnahme unterminiert eindeutig das im Vertrag festgeschriebene Verbot, mit dem sich die Vertragsstaaten u.a. verpflichten, unter keinen Umständen Streumunition einzusetzen oder dabei

mitzuwirken, andere dazu zu ermutigen“, beklagte Thomas Küchenmeister vom Aktionsbündnis. Ohne dieses Zugeständnis hätten wahrscheinlich Länder wie Australien, Kanada, Großbritannien und auch Deutschland den Vertrag nicht unterschrieben.

„Deutschland sollte jetzt umgehend auf die Modernisierung der Streumunition verzichten und die frei werdenden Mittel besser für zivile Konfliktbearbeitung bereitstellen“, fordert Thomas Gebauer von medico international. Es gilt zudem offen zu legen, über welche Lagerbestände die in Deutschland stationierten US-Streitkräfte verfügen. Der Vertrag verpflichtet dazu, auch solche Bestände zu vernichten. ■

## Keine Patente auf Aids-Medikamente

Kampagne des Aktionsbündnisses gegen Aids / neuer medico-report

**M**it einer neuen Kampagne wendet sich das Aktionsbündnis gegen Aids, dem auch medico international angehört, gegen Patente auf Aids-Medikamente. Die Unterschriftenaktion „Leben vor Pharma-Profit – Patente können tödlich sein“ richtet sich insbesondere gegen die Pharmafirmen Abbott, Bristol Myers-Squibb und Gilead, die ihre Aids-Medikamente nun in Indien patentieren lassen wollen, um damit die preiswerten Generika, die dort bislang produziert wurden, zu verdrängen. Patente erhöhen den Preis eines Medikamentes durch fehlenden Wettbewerb. Allein der Patentinhaber legt die Höhe der Preise fest. Die Unterschriften sollen bis zum Welt-Aids-Tag am 1. Dezember 2009 gesammelt und

den Pharma-Unternehmen überreicht werden.

Ausführliche Informationen und Hintergrundtexte zur Privatisierung des Gesundheitswissens und zu Alternativen hinsichtlich des Patentsystems bietet der neue medico-report „Patienten, Patente und Profite“, der gerade druckfrisch erschienen ist. Autoren aus Südafrika, Kenia, Brasilien, Thailand, Argentinien, USA und Deutschland durchleuchten das bestehende Patentsystem und seine Folgen für die globale Gesundheit. Der report kostet 12 Euro zuzügl. 2 Euro Versandgebühr und kann bei medico international bestellt werden. ■

**Liebe Leserinnen und Leser,** wir können Ihnen hier nur eine Auswahl unserer jüngsten Veröffentlichungen präsentieren, eine Gesamtübersicht können Sie bei uns anfordern oder finden Sie auf unserer Homepage. Zum Nachlesen und Weiterverteilen, für die Bildungsarbeit, zum Auslegen im Laden nebenan. Für Nachfragen stehen wir Ihnen unter der Tel. (069) 944 38-0 gerne zur Verfügung.

Übrigens: Unsere Materialien schicken wir Ihnen kostenlos, es sei denn, ein Preis ist vermerkt.

# Materialliste

## medico im Überblick



### **NEU: Jahresbericht 2007**

(36 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.



### **Broschüre stiftung medico international**

(16 S.) Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

## medico rundschreiben

### **Nummer 04 | 07:**

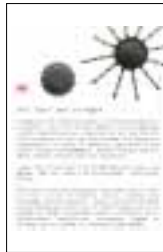
Nicaragua, Südafrika, Flucht und Migration, Israel/Palästina

### **Nummer 01 | 08:**

Jubiläums-Rundschreiben 40 Jahre Hilfe im Handgemenge, u.a. Toni Negri exklusiv zu 1968

## Materialien zu medico-Kampagnen

Viefältige Materialien zu unseren aktuellen Kampagnen finden Sie auf [www.medico.de](http://www.medico.de): u.a. Filme, CD-ROMs, Unterschriftenlisten. Interessiert? Dann rufen Sie uns an unter Tel. 069-944 38-0.



### **Plakatausstellung Landmine**

Informative Plakate zur Landminenproblematik, der Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen und der Projektarbeit in betroffenen Regionen. 8 laminierte DIN-A2-Plakate zum Ausleihen (Vorschau unter [www.medico.de](http://www.medico.de)).



### **Die Saat des Krieges**

Landminen: Kampagne & Projekte

(8 S., Zeitung) Mit Texten zu Streumunition und vielen Aktionsangeboten zum 10-jährigen Jubiläum der Verleihung des Friedensnobelpreises.



### **Gesundheit ist keine Ware**

(4 S., Zeitung) Argumente gegen das globale Patentregime und für den Zugang aller Menschen zu lebensrettenden Medikamenten.

## medico-reports



**NEU: medico-report 27**  
**Patienten, Patente und Profite**  
Globale Gesundheit und geistiges Eigentum

(152 S.) Internationale Experten hinterfragen das bestehende weltweite Patentsystem und präsentieren innovative Ideen für eine alternative Medikamentenpolitik, die Menschenleben rettet und Kranken den Zugang zu einer elementaren Versorgung sichert. 12 €.

## medico-Position



**NEU: Migration und Flüchtlingsschutz im Zeichen der Globalisierung**

(24 S.) Positionspapier von Pro Asyl und medico international zu Ursachen von Migration und Flucht, Kritik an der EU-Migrationspolitik sowie Forderungen für eine humane Flüchtlings- und Migrationspolitik.

## Aus den Projekten



**„Hilfe im Zeichen paradoxer Hoffnung“**

Darstellung von Projekten, die sich der zunehmenden Verfeinerung zwischen Israelis und Palästinensern entgegenstellen.



**„Psychosoziale Arbeit im Gewaltkontexten“**

In den 1980er Jahren begann medico als eine der ersten Hilfsorganisationen die psychosoziale Dimension von Gesundheit in den Arbeitsansatz zu integrieren. Über die aktuelle Relevanz des Themas gibt das Faltpapier Auskunft.

## Bestellcoupon

**Ich bestelle:**

- Jahresbericht 2007
- Broschüre: stiftung medico international
- medico rundschriften 04 | 07
- medico rundschriften 01 | 08
- Plakatausstellung Landmine
- Zeitung: Die Saat des Krieges
- Zeitung: Gesundheit ist keine Ware
- medico-report 27 – 12 €
- Broschüre: Migration und Flüchtlingsschutz
- Faltpapier: Israel / Palästina
- Faltpapier: Psychosoziale Arbeit

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Meine Spendernummer: \_\_\_\_\_

**Ich möchte:**

- kostenlose Materialien bestellen
- ggn. Rechnung (zzgl. 2 € Versand) bezahlen
- dass der Rechnungsbetrag einmalig für diese Bestellung von meinem Bankkonto abgebucht wird.

Kontonummer: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Bankleitzahl: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**

medico international  
Burgstraße 106  
D-60389 Frankfurt am Main

**oder faxen an:**

(069) 43 60 02

  
medico international



## 366 Tage auf 36 Seiten

+++ Nicaragua +++ Israel / Palästina +++ Bangladesh +++  
Simbabwe +++ Gesundheit statt Patente +++ Globale Soziale  
Rechte +++ medico-Netzwerke & Projektübersichten +++  
Spenden & Finanzberichte +++

**D**er neue Jahresbericht informiert über das langwierige und mitunter von Rückschlägen gezeichnete Bemühen um nachhaltige soziale Veränderungen.

Im Sinne einer Transparenz, die nicht nur auf betriebswirtschaftliche Kennziffern und Budgetzahlen reduziert wird, sondern auch über unsere politischen Ziele Auskunft gibt und schließlich auch nicht die Ursachen dafür verschweigt, warum das Elend der Welt noch immer so groß ist.

medico ist nicht an Kunden interessiert, sondern an entschlossenen Mitstreitern, die gemeinsam mit uns für soziale Gerechtigkeit und das Recht auf Gesundheit kämpfen. Diesem Bemühen ist unsere Hilfe verpflichtet, und über eben dieses Bemühen legen wir mit unserem soeben erschienenen Jahresbericht 2007 Rechenschaft ab.

**Kostenlose Bestellung siehe Materialliste auf Seite 40.**

# Hinweise 02 | 2008

## Spendeninformation

**Adressänderung** Bitte geben Sie bei Änderungen Ihrer Anschrift auch Ihre alte Adresse und/oder die Spendennummer an. So ermöglichen Sie es uns, Sie zu „finden“, und helfen zugleich mit, Verwaltungskosten zu sparen.

**Einmalige Spende** Für Spenden ab 50 € schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zu. Für alle Spenden unter diesem Betrag empfehlen wir Ihnen, Ihrem Finanzamt eine Kopie Ihres Kontoauszugs zusammen mit einem Abriss eines medico-Überweisungsformulars einzureichen. Auf der Rückseite des Abrisses befinden sich Informationen zum Freistellungsbescheid. Selbstverständlich stellen wir Ihnen auch für Spenden unter 50 € auf Anfrage eine Spendenbescheinigung aus. Wenn Sie mehr als einmal im Jahr spenden, schicken wir Ihnen keine Einzelquittung, sondern gerne zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

**Fördermitgliedschaft** Die Fördermitgliedschaft bei medico sieht keine Projektbindung vor. Vielmehr unterstützen Sie damit unsere gesamte Projekt- und unsere unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen es uns, langfristige und ver-

bindliche Projektkooperationen einzugehen, aber auch flexibel zu reagieren, wenn akute Hilfe notwendig ist. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 €. Das wäre z.B. der relativ kleine Betrag von 10 € monatlich. Für Leute mit wenig Geld (Auszubildende, Erwerbslose, Studierende) beträgt der jährliche Förderbeitrag 60 €. Für alle regelmäßigen Spenden (Fördermitgliedsbeiträge, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge) schicken wir Ihnen jeweils im Januar des darauffolgenden Jahres eine Sammelbestätigung zu, auf der alle Spenden des Jahres aufgeführt sind.

### **Spendenquittungstelefon:**

Tel. (069) 944 38-11, Fax: (069) 944 38-15 oder E-Mail: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)

### **Bankverbindung:**

medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

**Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen! medico international ist gemeinnützig und Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.**

## Impressum



Herausgeber:  
medico international  
Burgstraße 106  
D-60389 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0  
Fax (069) 43 60 02

E-Mail: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)  
Internet: [www.medico.de](http://www.medico.de)

Spendenkonto: 1800  
Frankfurter Sparkasse  
BLZ 500 502 01

Redaktion:  
Katja Maurer (verantwortl.),  
Thomas Gebauer,  
Martin Glasenapp

Lektorat:  
Reinhard Arendt, Marek Artl

Gestaltung:  
Andrea Schuldt

**ISSN 0949-0876**



In der endlosen Weite der mobilen Welt gestrandet: Adrian Paci widmet seine Videoarbeit „Centro di Permanenza Temporanea“, benannt nach Italiens Auffanglagern für papierlose Migranten, dem Thema Immigration. Die Gangway auf einem kalifornischen Flughafen wird für lateinamerikanische Wanderarbeiter zu einer Plattform der Vertriebenen zwischen Himmel und Erde.

Video: Adrian Paci, Courtesy Francesca Kaufmann (Mailand)

## Gratis zum Bestellen und als Download



Flüchtlinge und viele Migrantinnen und Migranten verlassen ihre Heimat aufgrund existenzieller Nöte und Bedrohungen: Sie fliehen vor Verfolgung, politischer Unterdrückung, Krieg, Gefahr für Leib und Leben. Zusätzlich werden nach UN-Schätzungen in den kommenden Jahren mehr als 50 Millionen Menschen aufgrund von Wüstenbildung und Überschwemmungen ihre Heimat verlassen. Obwohl dafür vor allem die reichen Länder des Nordens verantwortlich sind, entziehen sich diese ihrer Verantwortung. Es ist Zeit für eine veränderte Flüchtlings- und Migrationspolitik. (24 Seiten, DIN A5)



**medico international**

Burgstraße 106  
D-60389 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0  
Fax (069) 43 60 02

[info@medico.de](mailto:info@medico.de)  
[www.medico.de](http://www.medico.de)